

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 RM., monatlich 1,50 RM.,
 frei ins Haus, voraussetzend Einzelne
 Nummern 10 Pfennig. Volle Bezug:
 monatlich, vom Posthalter abgeholt
 1,50 RM., vom Briefträger ins Haus ge-
 bracht 1,64 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 8.— RM., für das übrige Ausland
 4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Entgegen in die
 Postbestimmungs-Einstellung.
 Erscheint täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 30. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Anzeigenpreis:
 Klebentgeltlose Anzeigenblätter
 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 2 teigebundene Blatt 30 Pf. (täglich
 2 teigebundene Blätter), jedes weitere
 Blatt 15 Pf. Einlagen und
 Schlußkennzeichen das erste Blatt
 20 Pf., jedes weitere Blatt 10 Pf.
 Blätter über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Blätter. Anzeigenblätter 20%
 Familien-Anzeigen, politische und
 gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgereicht
 werden. Schlußzeit von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Schwere Angriffe an den neuen Linien.

Die Loslösung von der Marne.

Berlin, 29. Juli. (B. L. B.) Die in der Nacht vom 26. zum 27. Juli nach sorgfältiger Vorbereitung durchgeführte, vom Feind zunächst unbemerkte Verlegung unseres Kampfgeländes in die Gegend bei Fère en Tardenois und Wille en Tardenois erfolgte erst nach gründlicher Zerstörung aller dem Feinde nutzbringender Anlagen.

Wer in den letzten Tagen die Kriegskarte zwischen Soissons und der Marne genauer verfolgte, mußte auf eine Verschiebung aufmerksam werden, die sich dort für die deutsche Stellung entwickelt hatte. Diese Stellung hatte sich fast förmlich gestaltet und war von einer Abschnürung bedroht, die nicht unbedenklich war. Die deutsche Oberste Heeresleitung hat sich nun entschlossen, die deutschen Stellungen von der Marne zu lösen, dadurch die Front zu kürzen und zugleich auf der verletzten Linie erheblich zu verstärken. Sie hat damit wiederum, wie schon so oft, feindliche Pläne vorausschauend zunichte gemacht, Menschen und Material gespart, die rückwärtigen Verbindungen erleichtert und, was das wichtigste ist, den operativen Plan des Feindes vernichtet. Sie hat damit freilich auch ein Stück Gelände den Feinden preisgegeben, da die rückwärtige Bewegung ungefähr 10 Kilometer von der Marne nördlich abgerückt ist. Die alte taktische Regel, die Hindenburg schon wiederholt betätigt hat, nicht auf Kosten von Menschen und Material Gelände unter allen Umständen zu halten, wenn sich auf ihm nicht besonders wichtige Befestigungen des Feindes befinden, hat eine neue Anwendung erfahren.

Die vorgenommene Rückverlegung ändert nichts daran, daß gleichwohl eine starke Schwächung der feindlichen Kräfte erreicht wurde. Die Feinde haben in den letzten Kämpfen an der Marne wieder einmal mit einem ungeheuren Menschenverlust bluten müssen, ohne den Durchbruch oder ein anderes strategisches Ziel zu erreichen. Die seit mehreren Tagen anhaltende Pause in ihrem Angriff beweist die Größe der feindlichen Verluste auf das Schlagendste und bekräftigt zugleich die freiwillige und planmäßige Räumung von deutscher Seite. Sie ist während dieser Kampfpause erfolgt, ohne Einwirkung des Feindes, nach einem festgeordneten System. Die Absicht der Franzosen, an einer Stelle eine Entscheidung herbeizuführen, wo sie die deutsche Oberste Heeresleitung nicht wünschte, ist vereitelt. Die Gegner haben, wie jetzt genau bekannt wird, an dieser Stelle über 52 Divisionen angelegt gehabt. Davon waren 38 französische, 2 italienische, 4 englische, 6 amerikanische und 2 französische Kavalleriedivisionen zu Fuß. Wir wissen aus Gefangenenaussagen, daß alle diese Divisionen auf das schwerste dezimiert worden sind, daß ihre Rekonstruktion nur möglich wurde durch starke Auffüllungen aus den Reservolen, wodurch wieder andererseits diese Reservolen erheblich verringert werden mußten.

Unsere Konzentration auf die kürzere Sehnenstellung bedeutet auch, wie schon angedeutet, eine wesentlich verstärkte Front gegenüber neuen Angriffen der Feinde, die bevorzustehen scheinen. Die englische und französische Presse hat diese Entwicklung der Dinge in manchen Einzelheiten vorausgesehen, und im besonderen hat Herbe in seinem Blatte die durch diese Entwicklung herbeigeführte neue Lage, wie auch die letzten operativen Vorgänge auf Seiten der Entente sehr scharfsinnig beurteilt. Diese scharfsinnige Auffassung wird durch die taktischen Maßnahmen der deutschen Obersten Heeresleitung voll und ganz gerechtfertigt. Der ganze gewaltige Angriff Kochs war vergeblich, seine Opfer umsonst, und die Initiative bleibt bei den Deutschen. Das ist, im Großen gesehen, das Ergebnis unserer Loslösung von der Marne.

Amsterdam, 29. Juli. Reuters Sonderkorrespondent bei der französischen Armee meldet vom 28. morgens: Unsere Truppen haben die Durcq längs ihres ganzen Laufes erreicht.

Französischer Bericht vom 28. Juli. Abends. Nördlich der Marne sehen unsere Truppen ihren Vormarsch in der Durcqgegend fort. Trotz Widerstandes des Feindes, der sich bemühte, den Weitergang über den Fluß zu verhindern, gelang es uns, vorgehobene Truppen auf das Nordufer zu werfen, und wir sind in Fère-en-Tardenois eingedrungen. Im Nordwesten des Riswalles haben wir Champagne bis erreicht. Auf unserem rechten Flügel haben die Truppen Anthenas, Olyx und Violaines genommen und sich der Straße Reims-Dormans merklich genähert. In der Champagne wurden zwei feindliche Angriffsversuche in der Gegend südlich der Berge, denen Geschützfeuer vorangegangen war, abgewiesen.

Amerikanischer Bericht. Wir sehen die Verfolgung nordwärts der Marne fort. ungeachtet hartnäckiger feindlicher Nachhutgefechte. Wir überschritten den Durcq und nahmen Seringes, Resles, Sergh und Nonchades.

Deutsche Verteidigungslinie zwischen Durcq und Ardre zurückverlegt.

Berlin, 29. Juli 1918, abends. Amtlich.
 An unseren neuen Linien westlich Fère en Tardenois sind schwere Angriffe des Feindes blutig gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 29. Juli 1918. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Teilangriffe, die der Engländer nördlich der Lys, nördlich der Scarpe und in breiterer Front auf dem Nordufer der Somme führte, wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In den Kampfabschnitten südlich der Aisne ruhiger Vormarsch. Am Nachmittag wurden nördlich von Villedu Montoire Teilangriffe des Feindes, denen heftiger Artilleriekampf voranging, im Gegenstoß abgewiesen.

In der Nacht vom 26./27. Juli haben wir etwa zwischen Durcq und Ardre unser vorderes Kampfgelände planmäßig geräumt und die Verteidigung in die Gegend Fère en Tardenois-Bille en Tardenois verlegt. Dem Gegner blieb unsere Bewegung verborgen. Am 27. lag noch das Feuer seiner Artillerie auf unseren alten Linien. Nachhuten verhinderten seine erst am Nachmittag jöckend vordringenden Truppen an kampflöser Befehlsnahme des von uns ausgehenden Geländes. Gestern versuchte die feindliche Infanterie sich unter hartem Feuer auf unsere neuen Linien heranzuarbeiten. Schwache im Vorgebiet belassene Abteilungen empfingen den Feind auf nahe Entfernung mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer und fügten ihm empfindliche Verluste zu. Auch die seit dem Tage vorher eingerichtete Artillerie und Schlachtflieger fanden in anmarschierenden Kolonnen und Panzerwagen des Feindes lohnende Ziele. Vor starken Angriffen des Gegners bei und südlich von Fère en Tardenois wich unsere Verteidigung nach Erledigung ihrer Aufgabe beschließgemäß auf ihre Linien zurück. Die mehrfach wiederholten Angriffe des Feindes führten zu heftigen Kämpfen, die mit Zurückwerten des Gegners endeten. Hierbei haben sich unter Führung des Generals Bagelin ost- und westpreussische Regimenter, die schon auf den Höhen nordwestlich von Chateau Thierzy und seit Beginn der Schlacht fast täglich mehrfachen Ansturm französischer und amerikanischer Divisionen zum Scheitern brachten, auch gestern wieder besonders hervorgetan.

Leutnant Lorenzhardt errang seinen 45. Luftflug.
 Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 29. Juli. Amtlich wird verlautbart:
 An der italienischen Front Geschützkampf und Geplänkel, in Albanien wurde der durch unsere Vorstöße ausgelöste Gegenbruch des Feindes härter. Unsere Stellungen im Cement-Knie waren fünfmal das Ziel heftiger Angriffe, die dank der tapferen Haltung der von der Artillerie kräftig unterstützten Verteidiger durchweg blutig zusammenbrachen. Auch im Gebirge Wall Silo des griff der Feind zweimal vergebend an; er wurde zum Teil durch Feuer, zum Teil durch Gegenstoß zurückgetrieben.

Der Chef des Generalkabes.

Abflauen des englischen Streiks.

London, 28. Juli. (Reuter.) Amtlich wird um 8 1/2 Uhr abends mitgeteilt: Die dem Munitionswesen heute aus allen Teilen des Landes zugegangenen Nachrichten besagen, daß sich die Lage wesentlich gebessert hat und die Mehrheit der Ausständigen wahrscheinlich morgen die Arbeit wieder aufnehmen wird.

Nach einer Reutersmeldung haben sich Versammlungen in einigen Munitionsbezirken entschlossen, am Dienstag in den Streik einzutreten, während sich andere dafür entschieden, die Arbeit nicht niederzulegen. In Coventry, wo die Streikbewegung begann, beschloß man, die Entscheidung auf morgen zu verschieben. In Birmingham empfahlen alle Bezirkskomitees den Streikenden, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen, und die Entscheidung des Streiks dem nationalen Arbeiterrats zu überlassen.

London, 29. Juli. (Reuter.) Der Streik in Coventry ist beendet. Die Arbeiter nehmen die Arbeit sofort wieder auf.

Der Ulfas Lloyd Georges, der den Schützengraben in Aussicht stellt, hat also die erwartete Wirkung.

Zur Strategie des Friedens.

Von Eduard David.

Es gibt Leute, pazifistische Ideologen, die glauben, eine offene und unzweideutige Verzichtserklärung Deutschlands auf jegliche Eroberung oder sonstigen Kriegsgewinn genüge für sich allein, um die feindlichen Mächte friedensbereit zu machen. Daß das eine Illusion ist, beweisen kürzlich die Reden der führenden Staatsmänner der Entente bis in die neueste Zeit hinein. Die Bergpredigt hat noch keinen Krieg verhindert und keinen beendet.

Auf der anderen Seite gibt es Leute, Ideologen der Gewalt, die glauben, die einzige und allein wirksame Friedensoffensive sei die militärische Aktion. Für eine politische Friedensoffensive ist in ihrem Sinn kein Raum. Das Schwert allein soll den Frieden erzwingen. Auch das ist eine Illusion. Und wenn ihre Vertreter spöttisch darauf hinweisen, daß alle Friedensangebote und Verständigungsanbahnungen bis heute den Frieden nicht gebracht haben, so ist ihnen zu antworten: auch alle militärischen Erfolge haben ihn nicht gebracht. Die vor anderthalb Jahren an den rücksichtslosen U-Boot-Krieg geknüpften Verheißungen auf einen baldigen Frieden sind unerfüllt geblieben, und die danach in Aussicht gestellte rasche Erzwingung eines Schwertsfriedens durch die große Offensive im Westen ist bis heute nicht gelungen. Das vierte Kriegsjahr geht zu Ende, und wenn das Schwert allein die Politik machen soll, wird menschlicher Voraussicht nach auch das fünfte Kriegsjahr uns den Frieden nicht bringen.

Man hat es Herrn von Kühlmann sehr berargt, daß er auf die Unmöglichkeit, den Krieg nur mit militärischen Mitteln zu beenden, hingewiesen hat. Er hat das Aussprechen dieses Gedankens mit seinem Sturz bezahlet müssen. Die Vorsicht, sich dabei mit der Autorität des Feldmarschalls Moltke zu decken, hat ihm nichts genützt. Nicht der Schlußsatz dieses Moltkezitats, der von der Möglichkeit einer sieben- bis dreißigjährigen Dauer des vorausgesehenen europäischen Krieges sprach, war dabei die Hauptfrage, der Kern des Gedankenganges lag vielmehr in dem vorübergehenden Satz, der lautete:

„Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegen einander in den Kampf treten, keine derselben kann in einem oder zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärt, daß sie auf harte Bedingungen Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern.“

Dieses Urteil des großen Strategen von 1870/71, der dabei nicht einmal die Teilnahme Amerikas und fast der ganzen übrigen Welt am Kriege gegen uns voraussetzte, ist vernichtend für die Gewaltpolitiker und annexionsistischen Phantasten, die seit Jahr und Tag mit dem Phantom eines in greifbare Nähe gerückten „deutschen Schwertsfriedens“ arbeiten.

Kein vernünftiger Mensch wird natürlich aus der Einsicht, daß das Schwert allein den Frieden nicht erzwingen kann, den Schluß ziehen, daß man darum auf weitere militärische Operationen verzichten sollte. Aber ebensowenig sollte es einen vernünftigen Menschen geben, der die Notwendigkeit einer damit Hand in Hand gehenden, zielklaren politischen Friedensoffensive verkennt. Alles was in letzterer Hinsicht geschehen ist, alle Versuche, eine günstige Atmosphäre für einen beiderseits annehmbaren Frieden bei unseren Gegnern zu schaffen, sind von den Vertretern der reinen Gewaltstrategie diskreditiert und ihrer Wirksamkeit beraubt worden. Die annexionsistischen Schreier und Stimmungspolitiker haben damit eine schwere Mitschuld für die Verlängerung des Krieges auf sich geladen. Das oben zitierte Urteil Moltkes sollte sie endlich zur Besinnung und zum Nachdenken über die Grenzen des Möglichen in einem Koalitionskrieg wie dem jetzigen bringen. Ein Friede, der uns die Unversehrtheit unseres territorialen Bestandes und die Möglichkeit der freien wirtschaftlichen Betätigung auch fernerhin sichert, wäre ein Abschluß dieses gigantischen Kampfes mit der ganzen Welt, auf den die Lebende und alle kommenden Generationen des deutschen Volkes mit Stolz zurückblicken könnten. Um seine Zukunft brauchte ihm dann nicht bange zu sein — vorausgesetzt, daß im Innern alle seine Kräfte gelöst und zur vollen Mitarbeit am Gelingen des Ganzen gebracht würden.

Eine konsequente, von keiner Instanz gehemmte und um ihre Wirkung gebrachte Friedenspolitik ist die Forderung, die wir an der Schwelle des fünften Kriegsjahres mit erhöhtem Nachdruck erheben. Aufgabe der Heeresleitung ist es, die militärischen Operationen mit Energie fortzuführen. Nur von allen Seiten anerkanntes strategisches Genie findet hier das gegebene Betätigungsfeld, und solange die Gegner den Bahn beugen, uns niederwerfen zu können, solange sie einen Frieden auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität ablehnen, wird das deutsche Volk geschlossen weiterkämpfen. Aber daneben muß eine klare und aufrichtige

Friedenspolitik gehen. Es darf kein Zweifel daran bestehen, daß der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes auf einen Frieden ohne Annexionen und sonstige Vergewaltigungen die einzige Richtschnur unserer Friedenspolitik ist.

Nur wenn sich in den Volkswaffen der gegen uns Krieg führenden Staaten die Ueberzeugung ausbreitet, daß sie einen annehmbaren Frieden, den sie nicht weniger erleben als wir, an den Tag haben können, an dem ihre Staatsmänner ihr haben wollen, dürfen wir hoffen, daß der Wille zum Frieden sich auch drüben siegreich durchsetzt. In der Erklärung, mit der die sozialdemokratische Fraktion ihre neue Zustimmung zu den Kriegskrediten begründete, heißt es:

„Daß die Fiktion der deutschen Annexionisten nur eine kleine Minderheit des Volkes hinter sich hat, würde für alle Welt in der Stunde unzweifelhaft werden, in der die Völker der Entente Staaten ihre Regierungen dazu bewegen, sich auch ihrerseits zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität zu erklären. Nach einem Wort einer solchen Bereitschaft würde das deutsche Volk nimmermehr dulden, daß Friedensverhandlungen an Erhebungsorderungen oder irgendwelchen politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Vergewaltigungsabsichten scheitern.“

Das Wolffsche Bureau hat in dem ins Ausland gegebenen Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 13. Juli diese Sätze unter den Tisch fallen lassen. Das ist kennzeichnend für die Geister, die dort walten. Man will das Ausland nicht wissen lassen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes bereit und entschlossen ist zu einem Frieden der Verständigung und der beiderseitigen Achtung der nationalen Lebensrechte. Man sieht nicht, daß das gerade die unerlässliche Voraussetzung ist für die politische Ueberwindung der herrschenden Kriegsparteien in den feindlichen Ländern.

Nur aus der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk nicht auf Eroberungen und Raub ausgeht, sondern einzig und allein auf die Anerkennung seiner Gleichberechtigung auf Leben und Entwicklung kommt, können die Friedensströmungen drüben die Kraft ziehen, deren sie bedürfen, um den heimischen Kriegsparteien und den sie führenden Staatsmännern das Heft aus der Hand zu ringen. Wer das Aufkommen dieser Ueberzeugung im feindlichen Ausland verhindert, besorgt die Geschäfte der Lord George, Clemenceau und Genossen. Die Einsicht, daß Deutschland militärisch nicht niedergeworfen werden kann auf der einen Seite und die ebenso klare Erkenntnis andererseits, daß auch das nicht niedergeworfene Deutschland jeden Tag zu einem gerechten Frieden und dauerndem, freundschaftlichem Zusammenleben mit seinen Nachbarn bereit ist, müssen zusammenwirken, um unsere Gegner zum Frieden bereit zu machen. Nur vereint können sie das leisten.

Deutschland und Rußland.

Moskau, 28. Juli. Staatsminister Dr. Helfferich ist heute hier eingetroffen und hat die Geschäfte der diplomatischen Vertretung übernommen.

Der Moskauer Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ beklagt sich bitter über das Verhalten der Räteregierung, die der Wiederanknüpfung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland Schwierigkeiten mache. Ihre Haltung sei durch einen Bericht des russischen Unterhändlers in Berlin, des Volkskommissars Bucharin, beeinflußt, der von einer abwartenden Stellung der russischen Regierung einen revolutionierenden Einfluß auf Deutschland erwarte. Als Beweise dieser Verschiebungstaktik werden angeführt: Belästigung deutscher Kuriers, Verhöre gegen deutsche Eigentumsleute, Ergebnislosigkeit der Verhandlungen deutscher Kommissare in Rußland, Verletzung der anerkannten Schiedsverfahrenspraxis auf die große allgemeine Abrechnung, Entwertung der von den Volkskommissaren getroffenen Anordnungen durch die Resistenz unkoordinierter Beamten. Der Gesamteindruck wird in folgenden Worten zusammengefaßt: „Tatsächlich führen in Moskau weder Noten noch persönliche Besprechungen zu einem positiven Ziel. Von erhofft den Eindruck der gewissen oder der ungewissen Sabotage, der einfachen Anarchie, alle Brücken zu einer gegenseitigen Verständigung fehlen.“

In politischer Beziehung wird bemängelt, daß allen Versprechungen zum Trotz die Verfolgung der Räder des Grafen Michail ergebnislos sei und daß sich das aufgelöste Exekutivkomitee der linken Sozialrevolutionäre aus dem alten Bestand neugebildet habe. Die Regierung suche allen Unmut im Volke auf Deutschland abzulenkeln. Zwischen diesen Aussetzungen und der prokuratorischen Sprache der linken Sozialrevolutionäre gegen Deutschland bestehe „nicht mehr der geringste Unterschied“. Schließlich sagt der Berichtsteller seine Ansicht in die Worte zusammen: „Ihren Widerstand gegen ein Zusammenarbeiten mit den Deutschen, das den Handel und Verkehr in Rußland sehr rasch wieder in Gang bringen und viele Wunden des Krieges heilen würde, stützt die Räteregierung auf die ihr nicht unbekannte Tatsache, daß das deutsche Volk zu einem neuen Krieg mit Rußland nur widerstrebend zu bewegen wäre. Aber es gibt auch keine Lösung, die das russische Volk bewegen könnte, sich noch einmal in das Abenteuer eines Krieges gegen Deutschland einzulassen.“

Diese Motive sind möglich, es ist aber wahrscheinlich, daß mindestens neben ihnen aus der Natur der Sache entspringende Schwierigkeiten bestehen, die der Volkskommissar für Handel und Industrie Bronschi auf der fünften allrussischen Tagung der Sowjets sehr klar auseinandergesetzt hat. Danach verlangt Deutschland naturgemäß die für seine Kriegswirtschaft notwendigen Waren, während Rußland seine Friedenswirtschaft aufbauen, seinen Hunger nach Produktionsmitteln stillen will. Um sich vor dem Zwänge zum Export von Rohstoffen ohne Rücksicht auf ihre Notwendigkeit für die eigene Wirtschaft zu schützen, will Rußland sogar Gold in großem Umfang ausführen. Im Gegensatz zum Bericht der „Frankfurter Zeitung“ vertritt es aber keine deutschfeindliche Gesinnung, wenn Bronschi Deutschland privatkapitalistische Konzeptionen zur Ausbeutung unserer nationalen Reichtümer in Gebieten, die bisher von den produktiven Kräften unseres Landes unberührt geblieben sind, erteilen will. Bronschi hob als Zeitgebanker ausdrücklich hervor: „Wir müssen uns wohl oder übel schon jetzt um die Vergrößerung der produktiven Kräfte und des Volkswohlstandes unseres Landes kümmern, um unsere Verbindlichkeiten erfüllen zu können, ohne den deutschen Imperialismus einen Anlaß zu geben, uns als ungewerksame Schuldner hinzustellen.“

Finnlands Bekehrung zur Monarchie.

Wie wurde Swinhufvud Königsmacher?

Ein Artikel der „Finnischen Korrespondenz“ wendet sich gegen die Ausführungen, die Genosse Ed. David am 21. Juli hier über den merkwürdigen Gestaltungswechsel des finnischen Reichsverweyers gemacht hat. Es wird zugeworfen, daß sich Swinhufvud nach im März zur Republik bekannte, und dann weiter ausgeführt:

„Wir finden es begreiflich, daß Herr Dr. David, fern vom Schauplatz der in Frage stehenden Entscheidungen und ohne Einblick in die Ursachen und den Verlauf des Aufstiegs, die oben geschilderten Tatsachen als ein schwer lösbares Problem erscheinen. Wir verstehen auch, daß es ihn als überzeugten Republikaner schmerzt, einen einflussreichen Mann, den er ebenfalls als Republikaner ansprechen zu können geglaubt hatte, nun unerwarteterweise auf der entgegengekehrten Seite zu sehen.“

Weiter wird gesagt, es müsse schon „etwas Besonderes“ geschehen sein, was Swinhufvud bewegen habe, jetzt für eine andere Staatsform einzutreten, als vor einem Jahre. Wir glauben, ohne dem Genossen David vorzugreifen, daß eine Verständigung auf dieser Linie möglich ist, denn das mittlerweile „etwas Besonderes“ ist, weiß doch jeder Mensch. Nur sollte man annehmen, daß durch solche besondere Ereignisse zwar die Ursachen geändert werden können, aber nicht die Ueberzeugungen. Indes, Gott allein, sagt ein altes frommes Sprichwort, steht den Menschen ins Herz.

Hussarell über Bündnisse und Völkerbund.

Der deutsche Volkswert.

Wien, 29. Juli. Im Herrenhaus gab Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarell eine Erklärung ab, in der er sagte: Daß der Krieg für unsere Völkergemeinschaft von allem Anfang an ein Verteidigungskrieg war, darüber besteht für niemand, der seine Vorgeschichte kennt, ein Zweifel. Er hat aber diesen Charakter für die Mittelmächte auch stets behalten. Sie sind jederzeit bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen und einen ehrenvollen Frieden zu schließen, sobald die Gegner ihre feindlichen, auf unsere Vernichtung oder Zurückdrängung gerichteten Absichten aufgeben. Die berufenen Staatsmänner unserer Völkergemeinschaft haben es des öfteren ungewöhnlich festgelegt, daß sie einen Frieden im Sinne der Gerechtigkeit und auf Grund von Formen anstreben, die von beiden Seiten in gleicher Weise anwendbar und annehmbar sind. Solange aber die Gegner auf dem Standpunkt einerseitigen Diktates stehen, bleibt nichts übrig, als den Krieg mit aller Entschlossenheit und Intensität fortzusetzen. (Lebhafte Beifall.) Neben unserer Friedensbereitschaft liegt für uns das einzige Mittel, den Krieg abzukürzen, in der Nachdrücklichkeit der Kriegführung. (Lebhafte Beifall.) Die Regierung wird mit Begeisterung ihre ganze Kraft einsetzen, um in ihrem Wirkungsbereich die Aufgaben der letzteren zu fördern. (Lebhafte Beifall.) Die Monarchie darf auf die Leistungen unserer in zahllosen Feldkämpfen erprobten Wehrmacht, darf auf ihre Bündnisse voll vertrauen. (Lebhafte Beifall.) Wir werden einen guten, ehrenvollen Frieden erreichen (Beifall), und so wie im Kriege werden wir auch im Frieden nicht allein stehen.

Das Bündnis mit dem Deutschen Reich, von der Einsicht erleuchteter Herrscher und Staatsmänner geschlossen, eine wahre Herzogenschaft für beide Teile und im Weltkriege bewährt, wird eine Vertiefung im Sinne einer dauernden Friedensgemeinschaft erfahren. (Lebhafte Beifall.) Aber auch die innigen Beziehungen zu den übrigen ruhmvollen Völkergemeinschaften wollen wir in schönere Zeiten hinübernehmen und Hebel der Welt pflegen. (Beifall.) Darin liegt nichts Bedrohliches für andere Staaten. Der kriegerische Inhalt unserer Bündnisse wird ihnen nur von den Gegnern aufgedrungen und hört auf, sobald sie die Hand zum Frieden bieten. Unsere Bündnisse sind ihrem Wesen nach geeignet und bestimmt, sich in eine Friedensorganisation aller Kulturvölker der vereinigten Welt einzufügen.

Zur inneren Politik sagte Herr v. Hussarell u. a.: Oesterreich wird seine Mission nur erreichen, wenn es allen Stämmen seiner Völkergemeinschaft das wahrhaft gemeinsame Vaterland ist. Aber zu diesem Ziele wird es nur gelangen, wenn es sich stets bemüht bleibt, das im deutschen Volkswerte die Urquelle seiner Kulturmacht liegt.

Die letzte Wendung ist ein Trostpreis für die Deutschradikalen, die nach Hussarells Rede im Abgeordnetenhaus enttäuscht riefen: „Wo bleibt der deutsche Kurs?“. Andere Nationalisten werden verstimmt sein, aber das Budget und Kriegskredite jetzt bewilligt sind, bedeutet, daß keine unmittelbare Gefahr.

Lage der englischen Lebensmittelproduktion.

Lord Lees Rücktritt.

Der Rücktritt des Generaldirektors der englischen Lebensmittelproduktion Lord Lees ist von Reuters gemeldet worden. „Daily News“ veröffentlicht nun eine Zuschrift Lord Lees, in der gegen die öffentliche Aufgabe des englischen Meeresschutzprogramms und gegen die Entlohnung der Landwirtschaft von Arbeitern protestiert wird. Diese Maßnahmen, schreibt Lees, berücksichtigen sich meines Erachtens nicht an parlamentarischen und Arbeitersouveränitäten, die zu bestehenden Maßnahmen bestehen. Die Folgen können so ernst und unüberwindlicher Natur sein, daß ich außer Stande bin, dafür einen Teil der Verantwortung zu übernehmen. Ich bin von einer Bestätigung der Tauschbootsgefahr und der Sicherheit unserer Nahrungsmittelzufuhr in den nächsten Jahren, gleichgültig, ob der Krieg andauert oder nicht, nicht genügend überzeugt, um einem plötzlichen Umstoß unserer Außenpolitik für 1919 zuzustimmen. Wir hören wenig von den Tauschbooten, aber die Versenkungen gehen mit bemerkenswerter Regelmäßigkeit weiter. Man sagt uns, daß die Neubauten die Versenkungen ausgleichen, aber diese Berechnung schließt die amerikanischen Neubauten ein, und dieser Faktor scheidet angesichts des Transports der amerikanischen Truppen aus, noch mehr angesichts der Zufuhren für dieselben. Die gleiche Berechnung ist es Tatsache, daß die Lage der Schifffahrt noch immer beunruhigend ist und wir ebenso sehr wie je auf die Selbstproduktion angewiesen sind. Unter diesen Umständen ist die Entlohnung der Landwirtschaft von Arbeitern und der dadurch verursachte Wechsel der Arbeitspolitik ein gefährliches Spiel mit der Hungernot, das kein verantwortlicher Minister dulden und das das Parlament zurückweisen sollte. „Daily News“ schreibt hierzu in einem Leitartikel: Der Rücktritt wirkt wegen der großen Wichtigkeit auf. Die Erfolge in der Nahrungsmittelbereitstellung haben die Gefahren des vorigen Winters vermindert, aber nicht beseitigt.

Wilson's sibirisches Programm.

Kämpfe am Amur.

Paris, 28. Juli. „Welt Parisien“ meldet: Der japanische Votschafter Nakai brachte der französischen Regierung amtlich zur Kenntnis, daß die japanische Regierung das Programm Wilsons bezüglich Sibiriens angenommen hat.

Chardin, 25. Juli. (Reuter.) Bewaffnete Kämpfe, die vom General Gorbat abgelehnt waren, vertreiben die Bolschewiki an der Wändung des Sungari in den Amur. Ein bewaffneter Dampfer, ein Motorboot und vier Dampfer mit großen Vorräten wurden erbeutet. Die Royalisten von Kal-

winkof, die mit den Tscheko-Slowaken gemeinsam vorgehen und für den Aufmarsch nach Tschita die erforderliche Kavallerie stellen, haben den Druck, der auf Semelow ausgeübt wurde, erleichtert.

Spiridonowa und Lenin.

Im Zusammenhang mit der Verhaftung der vollständigen Führerin der linksstehenden Sozialrevolutionäre, Marija Spiridonowa in Moskau, der jetzt unter der Bolschewikenherrschaft gleich wie im Jahre 1906 unter dem zaristischen Regime, die Hinrichtung droht, ist es von Interesse, auf ein Anekdoten hinzuweisen, das sich zwischen ihr und Lenin während der zweiten Tagung des neulich abgehaltenen fünften allrussischen Sowjetkongresses abspielte. Der Diktator „Lud“ fragte es:

In ihrer eindrucksvollen Art beschnitzte Marija Spiridonowa die Sowjetregierung, die Sache der Bauern betrauen und die Nationalisierung des Bodens nicht durchgeführt zu haben. „Sie haben 90 Proz. von Rußlands Bevölkerung zu Bürgern ernaunt.“ sagte sie, „und in unserem Land, wo der größte Teil des Volkes aus Bauern besteht, die selbst ihre Acker pflügen, die Besitzlosen gegen die Bauern gehet. Ihr habt auf dem Rücken der Bauern die Diktatur des Proletariats aufgerichtet und deshalb werdet Ihr Euch selbst das Genick brechen!“

Lenin verteidigte sich mit dem Hinweis auf den Segen, den der Frieden von Brest-Litowsk Rußland gebracht habe, und auf die sich wachsende Autorität, die die Sowjetregierung unter dem Proletariat des Auslandes genießt. Während seiner Rede hörte man jedoch von den Plänen der linksstehenden Sozialrevolutionäre immerfort die Rufe: „Hört auf! Hört auf!“ oder: „Nichtso's Handlanger!“

Verrat in der l. u. l. Armee.

Die tschecho-slowakische Legion.

Wien, 28. Juli. Aus dem Kriegesprekwarquartier wird gemeldet: Am Morgen des 15. Juni wurde unser Angriff in breiter, von der Tiroler Bergen bis zur Adria reichenden Front mit einer Stoßkraft ein, wie sie nur die glückliche Vereinigung einer bis in die kleinste Einzelheit ausgearbeiteten Befehlsgebung mit minutiöser Pünktlichkeit in der Ausführung und einheitlichem Zusammenwirken aller Waffen zu schaffen vermag. Gleich zu Beginn der Kämpfe wurde aber die Wahrnehmung gemacht, daß der Feind gerade an jenen Stellen, die für den Fall des weiteren Vordringens in Aussicht genommen waren, zu planmäßigen, wohl vorbereiteten Gegenangriffen schritt. Auch wurde die Tatsache festgestellt, daß der Gegner über Umfang, Tag und Stunde unseres Angriffs genau unterrichtet war. Das für das Gelingen einer Offensiv so wichtige Ueberwachungsmoment war damit beseitigt. In kurzer Zeit konnte auch allernäher festgelegt werden, daß

eine Reihe von Ueberläufern

der italienischen Heeresleitung Material lieferten, durch dessen Vorgehen und gegenseitige Ergänzung es möglich war, ein ziemlich genaues Bild unserer Angriffsdispositionen zu erhalten. In Gefangenschaft geratene englische, französische und italienische Offiziere und Mannschaften zahlreicher Regimenter sagten übereinstimmend aus, daß ihren Truppenkörpern am Abend des 14. Juni verlaubt wurde, daß die österreichisch-ungarische Offensiv am kommenden Morgen um 2 Uhr einsetzen werde. Den genauen Zeitpunkt sollen jugoslawische Ueberläufer verraten haben. Der Feind traf Vorbereitungen gegen die erwartete Gasbeschichtung, die sich allerdings als unzulänglich erwies.

Seit einiger Zeit verfuhr die italienische Heeresleitung, hochvertrauliche Forschung in unsere Linien zu tragen. In den italienischen Gefangenenlagern werden in völkerrrechtlich verpönter Weise slawische Mannschaften mit Versprechungen und Bestechungen bearbeitet, sich

in die tschecho-slowakische Legion

einreihen zu lassen. Der Befehl des 3. italienischen Armeekommandos Nr. 1659: 6495 h/1 vom 14. Mai d. J. verweist auf die aktive Propaganda durch tschecho-slowakische Freiwillige zwecks Lockerung des Gefüges der österreichisch-ungarischen Armee, wie sie beim dortigen Kommando eingerichtet wurde.

Den größten Teil am Verrat schreibt die italienische Heeresleitung nicht ohne Grund dem

Leutnant Karl Stin

eines Infanterie-Regiments zu, der in der Nähe von Novento desertierte. Aus umfangreichen italienischen Dienstbüchern, in welchen seine Auszüge gesammelt und verbreitet sind, geht hervor, daß er unsere Vorbereitungen am Tage gänzlich verraten und auch sonst dem Gegner eine Reihe höchst wertvoller Nachrichten aus geliefert hat. Die tschecho-slowakische Charakteristik Stin's lautet: „Der Leutnant ist ein höchst intelligenter, von glühender Nationalempfindung und von lebhaften antislovenischen Gefühlen besetzter Jungtscheche. Seine Aussagen tragen den Charakter vollkommener Zuverlässigkeit. Er hat absichtlich vor dem Ueberlauf viele Nachrichten gesammelt, um sie mitzuteilen.“

Wilson's Grundsätze und das Recht der Iren.

Ueber fünfzig irische Nationalisten nahmen zum ersten Male wieder an der Unterhausung am 28. Juli teil. Dillon brachte sofort einen Resolutionsantrag ein, in dem es unter anderem heißt, daß die gegenüber Irland verfolgte Politik der englischen Regierung mit den hohen Grundgrundsätzen, für die die Alliierten kämpfen, im Widerspruch steht, daß das Haus die von Wilson in seiner großen Rede am Grab Washington niedergelegten Grundgrundsätze billigt, in der er bezüglich der Ziele, für die Amerika und die Alliierten kämpfen, sagte: „Diese großen Ziele lassen sich in einem Satz zusammenfassen: was wir suchen, ist die Herrschaft des Rechts, die auf der Zustimmung der Völkergemeinschaften beruht und von der organisierten Meinung der Menschheit getragen wird.“ und daß nach Ansicht des Hauses die wahre Lösung der Irenfrage darin besteht, daß unverzüglich hinsichtlich Irlands die von Wilson in seiner historischen Rede aufgestellten Grundgrundsätze zur Anwendung gebracht werden. Nach Ansicht des Parlamentsberichterstatters des „Daily Chronicle“ dürfte die geschickte Formulierung des Resolutionsantrags, über den an einem Tage der nächsten Woche beraten werden wird, ihm die Unterstützung der Liberalen sichern. Dem Irenvolke wäre damit freilich nicht geholfen, und den in Irland schon vertriebenen Ruf der Nationalisten kann es auch nicht aufheben. Ueber die Festnagelung der englischen Irenpolitik auf die Wilson'schen Grundgrundsätze ist trotzdem ein gutes Wort.

Zum Prozeß Cailaig. Aus Genf wird der „Nöln. Zeitung“ mitgeteilt: Die beiden Anwälte von Cailaig richteten eine Beschwärde an Clemenceau, weil die Militärbehörde zwei für Cailaig unschuld erweisende Briefe Spickers an Frau Dubergier 1915/16 beschlagnahmt, aber nicht zu den Prozeßakten gelegt hat. Eine Anspielung in der Anklage des Senatspräsidenten gegen Cailaig führte erst jetzt zur Entdeckung jener Briefe.

Groß-Berlin

Vier Jahre.

Man wird schon müd, zu fragen, wie lang der Krieg noch dauern soll; man hat die Nase ziemlich voll — im Gegensatz zum Regen.

Zuschium und Kriegsgeschmetter in Frankreich und in England — der Tommy sitzt im Unterland und schimpft aufs deutsche Wetter.

Doch auch bei uns zu Hause reißt mancher seinen Laden auf und schickt die andere dran und drauf — die weil er hoch beim Schmause.

Das End' von der Geschichte: Es wird gemeinsam abgeschwenkt, worauf man klüglich sich beschränkt, allseitig zu verzichten.

So bleibst zuletzt beim alten. Dann ist man gründlich auf dem Hund und gründet einen Völkerbund, die Pleite zu verwalten...

Paulsen.

129 Millionen Mark Einkommensteuer in Groß-Berlin.

Das endgültige Ergebnis der staatlichen Einkommensteuer-Veranlagung für 1918, das wir bereits für den Stadtkreis Berlin mitgeteilt haben, liegt jetzt auch, nach Mitteilungen von zuständiger Seite, für Groß-Berlin vor. Das gesamte Einkommensteuersoll (ohne die gesetzlichen Zuschläge) beträgt für die Gemeinden im Gebiete des Verbandes Groß-Berlin 128 992 700 M. oder 27,27 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. 1917 betrug der Zuwachs der Einkommensteuer in Groß-Berlin nur 8,8 Millionen Mark, nämlich 5,8 Millionen in den Vororten und 3 Millionen in Berlin. Von der diesjährigen starken Zunahme der Steuerolls entfallen auf die Vororte 14 674 698 M. und auf Berlin 12,6 Millionen. In den Vororten beträgt das Steuersoll für 1918 6 836 709 M. gegen 60 625 609 M. im Stadtkreis Berlin. Die Zunahme an Steuerkraft ist also in den Vorortgemeinden etwas größer als in Berlin. In den einzelnen Veranlagungsbezirken Groß-Berlins sind folgende Ergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung festgestellt worden: Charlottenburg 17 617 196 M. (gegen 1917 mehr 3 430 693 M.), Schöneberg 7 188 649 M. (+ 1 613 392 M.), Wilmersdorf 7 476 523 M. (+ 1 871 269 M.), Neukölln 4 294 516 M. (+ 715 273 M.), Lichtenberg 2 794 656 M. (+ 876 575 M.), Spandau 2 517 858 M. (+ 840 580 M.), Veranlagungsbezirk Niederbarnim-Ost 3 445 300 M. (+ 1 145 503 M.), Veranlagungsbezirk Niederbarnim-West 4 763 997 M. (+ 1 105 783 M.), Kreis Niederbarnim zusammen 8 209 387 M. (+ 2 261 086 M.), Veranlagungsbezirk Landkreis Teltow 11 927 526 M. (+ 2 215 641 M.), Veranlagungsbezirk Steglitz (Wannseevororte) 6 891 210 M. (+ 800 149 M.), zusammen Kreis Teltow 18 818 806 M. (+ 3 075 790 M.).

Ein merkwürdiges Ergebnis hat in den Vororten die Veranlagung zur Ergänzungsteuer. Während eine Reihe von Gemeinden ein Mehr an Ergänzungsteuer aufzuweisen hat, ist in anderen Gemeinden, wie in Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Lichtenberg und im Veranlagungsbezirk Steglitz für die Wannsee- und Vorortgemeinden ein Weniger zu verzeichnen. Ein erhebliches Mehr an Ergänzungsteuer hat nur Wilmersdorf aufzuweisen; dort haben die Vermögen also am meisten zugenommen. Insgesamt ergibt die Ergänzungsteuer für 1918 ohne die gesetzlichen Zuschläge in den Vororten 5 924 119 M., was gegen das Vorjahr ein Mehr von 59 088 M. bedeutet. Auf die einzelnen Gemeinden entfallen folgende Ergänzungsteuerbeträge: Charlottenburg: 1 908 206 M. (- 18 139 M.), Schöneberg: 614 870 M. (- 16 327 M.), Wilmersdorf: 932 875 M. (+ 61 200 M.), Neukölln: 66 161 M. (- 3870 M.), Lichtenberg: 56 256 M. (- 1 779 M.), Spandau: 59 593 M. (+ 1 446 M.), Niederbarnim-Ost: 202 849 M. (+ 56 339 M.), Niederbarnim-West: 270 931 M. (+ 56 615 M.), zusammen Kreis Niederbarnim: 473 781 M. (+ 11 254 M.), Landkreis Teltow: 1 076 610 M. (+ 20 802 M.), Veranlagungsbezirk Steglitz 705 854 M. (- 806 M.), zusammen Kreis Teltow 1 782 464 M. (+ 19 995 M.).

Die Rationierung von Gemüse und Obst.

Gemüse und Obst sollen in diesem Jahre wieder zum Teil rationiert werden. Wesentliches Gemüse sind alle Gemeinden Groß-Berlins darin einig, daß der Bevölkerung die Möglichkeit geboten werden muß, sich Weisbrot und auch Zwiebeln für den Winter anzuschaffen. Im Lebensmittelverband wird in den nächsten Tagen zwischen den Gemeinden vereinbart werden, welcher Weg für die Verteilung zu wählen ist. Berlin will, wie Magistratsrat Henschel in einer Besprechung mit Pressevertretern ausführte, im Gegensatz zu kleineren Gemeinden nicht dafür eintreten, daß alles Herbstgemüse rationiert wird. Ratfamer sei, nur einen Teil davon in drei oder vier Verteilungen an die Bevölkerung zu bringen und alles übrige dem freien Handel zu überlassen. Gedacht wird an eine Verteilung zunächst von Kohl für den Herbst und auch Lagerung von Kohl für den Winter, der dann im Januar oder Februar zu verteilen wäre. Der Berliner Magistrat fürchtet von einer allgemeinen Rationierung, daß bei den starken Anfuhrungen, die er für dieses Jahr erwartet, den Gemeinden viel Gemüse verderben könnte. Der Lebensmittelverband hat nun zu entscheiden, ob er das von Berlin empfohlene Verfahren annehmen will. Auch die Rationierung von Obst denkt sich Berlin ungefähr wieder so, wie im vorigen Jahre. Der Magistrat möchte nur eine Verteilung von Weihnachtsäpfeln vornehmen. Von „Rationierung“ im eigentlichen Sinne des Wortes kann bei solchen Verteilungen keine Rede sein.

Von der Berliner Fischversorgung.

Viel war's nicht, was man uns zeigen konnte, als wir gestern auf Einladung des Berliner Magistrats die von ihm geschaffenen Einrichtungen für die Fischverteilung besichtigten. Nahe dem Stadtbahnhof „Vörse“ sind in Stadtbahnhöfen, die früher einer „Singspielhalle“ als Heim dienten, die beschriebenen Lager untergebracht. Von hier aus gelangen die Fische an bestimmte Großhändler, die für die Verteilung ausgewählt und zugelassen sind, und diese geben sie an die Kleinbändler weiter. Da haben wir Räucherwaren und Fischkonzerne, getrocknete Fische und gealagerte und schließlich auch frische Fische, aber die Mengen hatten wirklich nichts Ueberwältigendes. Die Verteilung der frischen Fische ist so geregelt, daß von der Gesamtzufuhr 60 Proz. auf Berlin und Charlottenburg und

40 Proz. auf die übrigen Vororte entfallen. In den 60 Proz. für Berlin und Charlottenburg sind beteiligt die Gastwirte mit drei Zehnteln (= 18 Proz. der Gesamtzufuhr) und die übrige Bevölkerung mit sieben Zehnteln (= 42 Proz. der Gesamtzufuhr).

Wieder mehr Brot!

Die Reusefestigung der Brotration steht bevor. Eingeschränkt wurde die Brotration in diesem Jahre vom 17. Juli ab. Einstweilen wird angekündigt, daß die Reusefestigung am 19. August erfolgen soll. Im vorigen Jahre dauerte die Brotrationseinschränkung vom 16. April bis zum 18. August.

Bessere Kartoffelversorgung.

Vom Magistrat Berlin wird uns mitgeteilt, daß die Kartoffel-Kleinbändler berechtigt sein sollen, die für diese Woche bestimmte Ration von 7 Pfund schon jetzt im ganzen auszugeben. Eine entsprechende Bekanntmachung an den Anschlagtafeln wird demnächst erscheinen.

Mehr Kohlen für die Kleinhäuser.

Mit einer bemerkenswerten Eingabe haben sich die Gemeindevorsteher von Ahrensfelde, Biesdorf, Birkenwerder, Buchholz, Heinersdorf, Hermsdorf, Herzfelde, Hohenschönhausen, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Pöppersdorf, Waidmannslust und Woltersdorf an die Kohlenstelle des Kreises Niederbarnim gewandt.

Sie legen dar, daß die Kohlenverteilung des Kohlenverbandes Groß-Berlin die Verteilung von Kohlen einseitig nach den Bedürfnissen der Großstadt regelt, in der die Wohnungen meistens inmitten oder eingebaut seien und die Räume in der Regel nur mit einer Außenwand versehen sind. Die offene Bauweise, die in vielen Orten des Kreises Niederbarnim vorgezeichnet ist, ist bei der Regelung der Kohlenverteilung gänzlich unberücksichtigt geblieben.

Durch die offene Bauweise besitzen die meisten Räume in diesen Orten nicht nur eine, sondern zwei Außenwände; die Räume sind infolge dessen viel schwerer zu erwärmen, wie die der Groß-

Die Heimatfront wankt nicht,

wenn alle kriegswichtigen Betriebe, Landwirtschaft und Eisenbahnen mit Vollampf arbeiten können. Millionen sind dort für Euch tätig. Helft durch Abgabe getragener Anzüge, daß sie arbeitsfähig bleiben.

stadt. Da in den letzten Jahren von Behörden und Zentralstellen vielfach die offene Bauweise vorgezogen wurde, so könne man die Einwohner jetzt nicht dadurch strafen, daß man ihnen nur daselbe Quantum Kohlen wie den Großstädtern liefert.

Die Gemeindevorsteher verlangen daher, daß für jedes heizbare Zimmer einer Wohnung, das mehr als eine Außenwand hat, die zuzurechnende Kohlenmenge um die Hälfte erhöht wird.

Ein Waldfest der Arbeiterjugend Groß-Berlins findet am kommenden Sonntag, den 3. August, nachmittags, im Restaurant Sanssouci in Kaulsdorf-Süd (Bahnhofstation Sabowa, Nähe Pferdebusch) statt. Das Programm besteht aus vorwiegend sportlichen Darbietungen, Reigenen und Spielen im Freien, sowie aus Rezitation und Musikvortrügen. Alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen nebst Eltern und Angehörigen sind freundlichst eingeladen. Die Veranstaltung findet im Freien auf einer waldumschlossenen Wiese statt; doch ist bei ungünstiger Witterung auch für Regenzeit gesorgt. Beginn nachmittags 2 Uhr.

Spielwaren sind Gegenstände des täglichen Bedarfs. Aus einer Auserkennung der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts geht hervor, daß Spielwaren insoweit zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu zählen sind, als für sie bei dem größeren Teil des Volkes, insbesondere bei Kindern, ein regelmäßig wiederkehrendes Bedürfnis vorliegt. Auch ist hierbei berücksichtigt worden, daß gerade Gesellschafts- und Gedulds Spiele in erheblichem Maße für die Truppen im Felde und in Lazaretten angefordert werden.

Zur Auserkennung der Zweimarkstücke. Das Polizeipräsidium teilt mit: Nach der Bekanntmachung betreffend die Auserkennung der Zweimarkstücke ist die Frist zur Einklösung am 1. Juli d. J. abgelaufen. Auf Grund der dem Reichslanzler erteilten Ermächtigung ist für diejenigen Zweimarkstücke, für welche glaubhaft gemacht wird, daß sie aus den deutschen Schutzgebieten oder aus dem Ausland nach dem 1. Juli 1918 eingegangen sind, die Einklösungsfrist bis zum 1. Juli 1919 verlängert. Die Einklösung solcher Stücke erfolgt jedoch nur bei der Reichshauptkasse in Berlin SW. 19, Oberwallstr. 3.

Ueber die Verhaftung eines Oberbeamten der Zentral-Einkaufsgesellschaft veröffentlicht die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ eine Mitteilung, die, falls sie sich als zutreffend erweisen sollte, geeignet wäre, erhebliches Aufsehen zu erregen. Das genannte Blatt gibt das sich hartnäckig erhaltende Gerücht wieder, wonach in der Fleisch-Abteilung der J. E. G. Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollen. Es wird behauptet, daß einer der ersten Beamten der Fleischstelle unter dem dringenden Verdacht verhaftet sei, sich gegen Gewinnbeteiligung bei der Vergabe von Schlachtaufträgen erhebliche Sondervergünstigungen verschafft zu haben. Gleichzeitig mit diesem soll ein Viehkommissionär selbstenommen worden sein. Wie die „Allgem. Fleisch-Zeitung“ zu dieser Mitteilung bemerkt, hat die J. E. G. auf Anfrage jede Auskunft über die Richtigkeit der hier wiedergegebenen Gerüchte abgelehnt.

Wegen Espionageverdacht im Gerichtssaal verhaftet wurde gestern die Stenotypistin Hedwig Lange, gegen welche das Schöffengericht Berlin-Mitte eine Anklage wegen Diebstahls zu verhandeln hatte. — Die Angeklagte war bei der J. E. G. als Kontoristin tätig gewesen und hat, wie eine spätere Hausdurchsuchung ergab, während ihrer Tätigkeit größere Mengen Bureaubedarf und sonstige Gebrauchsgegenstände entwendet. Bei jener Hausdurchsuchung ergab sich ferner, die etwas betrübliche Tatsache, daß die Angeklagte auch ganz vertrauliche Berichte sich angeeignet hatte. Endlich wurde in ihrem Besitze eine Adressliste eines vertraulichen Schreibens des Geheimrats Wallin an den Geheimrat Rathenau vorgefunden. Da es sich um geheime Mitteilungen handelte, durch die, wenn sie in unrechte Hände kommen, großer Schaden angerichtet werden könnte, die Angeklagte auch keinen stichhaltigen Grund dafür angeben konnte, weshalb sie sich gerade diese Schriftstücke angeeignet hatte, war das Gericht einstimmig der Ansicht, daß dieser Punkt dringend der weiteren Aufklärung bedürfte. Da der Verdacht der Espionage, insbesondere der Verdacht einer Unterstüßung der feindlichen Wirtschaftsspionage vorliege, wurde die Angeklagte, die trotz dieses Strafverfahrens bei einer anderen Kriegsgesellschaft Stellung gefunden hatte, sofort im Gerichtssaal verhaftet. — Der Rechtsanwält Dr. Puppe hat gegen diese Verhaftung Beschwerde erhoben.

da der Verdacht einer Espionage doch völlig in der Luft schwebte und man viel eher die bekannte weibliche Reugier als Triebfeder bei jenen Handlungen annehmen könne.

Ein schwerer Unfall, dem zwei Personen zum Opfer fielen, hat sich in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Oberschöneweide ereignet. Bei einer Kesselexplosion, die wahrscheinlich auf eigene Unvorsichtigkeit zurückzuführen sein dürfte, erlitten drei Arbeiter schwere Brandwunden, so daß sie nach dem Königin-Elisabeth-Hospital in Oberschöneweide gebracht werden mußten. Dort sind jetzt zwei der Verunglückten, der 63jährige Heizer Ferdinand Lange aus Cöpenick und ein Arbeiter Krüger aus Berlin, ihren Verletzungen erliegen.

Verlorenes Mitgliedsbuch. Auf dem Wege von der Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3, zur Neuen Königstr. 79 ist das Mitgliedsbuch Nr. 2350 verloren worden. Der Finder wird gebeten, es bei Johannes Weisbender, Neue Königstr. 79, born 4 Tr., abzugeben.

Kreis Teltow. Herabgesetzter Frühkartoffelpreis. Der Landrat des Kreises Teltow hat den an die Kartoffelerzeuger zu zahlenden Aufkaufspreis für den Feinfrühkartoffel vom Montag, 29. Juli, ab auf 0,25 M. und vom Donnerstag, 1. August, ab auf 0,75 M. festgelegt.

Charlottenburg. 6 Millionen Mark mehr Steuern. Das Ergebnis der diesjährigen Veranlagung zur Einkommensteuer ist jetzt festgelegt und beträgt 6 117 686 M. mehr als im Vorjahre. Das gesamte Steuersoll beläuft sich für 1918 auf 28 517 232 M., das von 118 183 Steuerpflichtigen (1917: 121 555) aufgebracht werden soll. Die Zahl der Personen, die im laufenden Steuerjahre mehr als 3000 M. Einkommen versteuern sollen, beträgt 32 462 (1917: 24 567), während die Zahl der Steuerpflichtigen unter 3000 M. von 96 988 im Vorjahre auf 85 671 in diesem Jahre gesunken ist.

Schöneberg. Käseverteilung. In den Bezirken der Brot-Kommissionen Nr. 4, 7, 8, 10, 12, 13 und 14 findet vom Montag den 29. Juli, bis Freitag, den 2. August, eine Verteilung von 125 Gramm Käse auf Grund der Speisekartellensliste statt.

Lichtenberg. Lebensmittel. In dieser Woche können auf die Kartoffelkarte sieben Pfund Kartoffeln entnommen werden. Zunächst werden 3 Pfund auf die Abchnitte a, b und c verabfolgt und wenn sämtliche Kunden diese Menge erhalten haben, weitere 4 Pfund auf die übrigen Abchnitte. Die Abchnitte der Kartoffelkarte Nr. 90 behalten bis Mittwoch, den 31. Juli, ihre Gültigkeit. Ferner werden ausgeben: Gegen Voranmeldung auf Abchnitt 42 der gemeinsamen Lebensmittelkarte: 200 Gramm Trauben (15 Pf.).

Gegen Voranmeldung in den hiesigen Konfitürengeschäften auf Abchnitt 2508 der Lichtenberger Lebensmittelkarte: 4 Päckchen Zwieback a 40 Pf.

Gegen Voranmeldung in den hiesigen Konfitürengeschäften kann auf Abchnitt 2490 der Lichtenberger Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Keks (Honeybuck) zum Preise von 1,75 M. entnommen werden.

In den städtischen Fischhallen und bei den hiesigen Fischhändlern und Räucherwarengeschäften werden abgegeben: Auf Abchnitt 251 C, J, G, K der Lichtenberger Lebensmittelkarte: frische Fluß- und Seefische. Auf Abchnitt 252 C, J, G, K 1/2 Pfund Räucherwaren. Auf Abchnitt 244 C, J, G, K eine Dose Sardinen. Auf die Abchnitte 246 C, J, G, K und E der Lichtenberger Lebensmittelkarte dürfen für die Zeit vom 1. bis 15. August je 375 Gramm Zucker entnommen werden. Die Käufer haben die Abchnitte ihrer Karten bis zum Sonnabend, den 3. August beim Verkäufer abzugeben, der Verkauf des Zuckers erfolgt sodann vom 4. August ab. Die Abgabe und Entnahme des Zuckers auf die Zuckerkarte für Kinder erfolgt ohne Voranmeldung in den einschlägigen Geschäften im Laufe des Monats August d. J. (Abchnitt August 1918.)

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Treptow-Baumhulsenweg. Heute, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal von Ebert, Treptow, Gräfstr. 1. Tagesordnung: Bericht von der Kreis-Generalversammlung und vom Bezirkskongress Groß-Berlins; Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. — „Vorwärts“-Leser haben Zutritt!

Aus aller Welt.

Zunehmende Weinansucherei.

Durch die Rainzer Presse lief folgendes Notiz: „Weinkontrolle in Hessen. Aus einer dem Verbands rheinbessischer Weinbändler von der Großherzoglichen Regierung zur Verfügung gestellten Uebersicht über die Tätigkeit der Sachverständigen für Weinkontrolle in der Zeit vom 1. April 1917 bis 31. März 1918 ergibt sich folgendes (die Zahlen des Vorjahres sind in Klammern beigefügt): Es wurden im Großherzogtum 32 (46) Betriebe von Produzenten und 232 (224) von Weinbählern revidiert. Die Zahl der entnommenen Proben betrug bei Produzenten 156 (233), bei Weinbählern 1018 (915); von diesen Proben wurden beanstandet bei Produzenten 15 (1), bei Weinbählern 24 (7). Die Untersuchung ergab Veranlassung zur Anzeige bei Produzenten in 16 (1), bei Weinbählern in 17 (7) Fällen. Infolge direkter Stellungnahmen wurden außerdem 16 (1) Anzeigen gegen Produzenten und 17 (7) gegen Weinbändler erhoben. Im ganzen erfolgten 11 (4) Verurteilungen und 1 (1) Freisprechung.“

Die Blätter unterliegen leider, mit Nachdruck darauf zu verweisen, daß die Rissen eine ganz erhebliche Zunahme der Fälschungen durch Produzenten und Händler ergeben. Die riesigen Preise reizen natürlich noch mehr zum Betrug, wie die normalen Verhältnisse. Das Wasser macht sich gegenwärtig glänzend bezahlt.

Rußland — Choleraerkrankt.

Schweizer Grenze, 29. Juli. Der Schweizerische Bundesrat hat das Gebiet des ehemaligen russischen Reiches für Choleraerkrankt erklärt.

Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station name, Date, Water level (cm), and another station name. Includes stations like Memel, Pregel, Weichsel, Ober, Warthe, Nege, Elbe, and others.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch. Pünktlich kühl, veränderlich, nachher zunehmend wolkig, mit überwiegend, westlich der Oder meist geringen, im Osten etwas stärkeren Regenfällen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten... Briefkasten der Redaktion... Briefkasten der Redaktion...

behauern. Ihnen eine zuverlässige Antwort darüber nicht geben zu können... Briefkasten der Redaktion... Briefkasten der Redaktion...

der Befreiende erst 40 Jahre alt ist... Briefkasten der Redaktion... Briefkasten der Redaktion...

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

- List of newspaper distribution points and advertising agencies across various districts like Charlottenburg, Prenzlauer Berg, etc.

Advertisement for various theaters including Deutsches Theater, Berliner Theater, National-Theater, and others.

Advertisement for SARRASANI, featuring 'Das Tagesgespräch Berlins bildet SARRASANI' and 'Palast'.

Advertisement for Reichshallen-Theater and 'Das Recht während des Krieges'.

Advertisement for Deutscher Metallarbeiter-Verein, including branch assemblies and a general assembly.

Advertisement for Sozialdemokratischer Wahlverein and other political groups.

Advertisement for various specialists, including a dentist and a gynecologist.

Kriegsneurosen.

Kriegsneurosen sind seelische oder physische Leiden. Bei denen die Erkrankung gewisser Adergefäße oder Organe nur eine symptomatische Bedeutung hat. Die Schädigung, die der Kriegsneurotiker durch seine Teilnahme am Krieg davonträgt, kann ein einzelnes Organ befallen oder den ganzen Menschen. Sehr häufig befallen die Symptome, durch die sich Kriegsneurosen bemerkbar machen, in Erkrankungen und besonders in Lähmungen des Muskelapparates; dazu gehören zum Beispiel die hysterischen oder epileptischen Krämpfe, aber auch Lähmungen der Sprache ohne Hirnverletzungen, Sprachstörungen oder Stottern, Stimmeln usw. Oft begegnet man dem Ausfall der Funktion von Organen, etwa Störungen der Hör- und Sehfähigkeit bis zur Taub- und Blindheit. Außerordentlich häufig sind Erkrankungen der Organe, die gewisse Stoffe absondern: Magen- und Darmneurosen, Samenblase, Schweißdrüsen usw. Auch Störungen der Blutkreislauforgane sind oftmals anzutreffen, von den sogenannten „blauen Händen“ bis zum nervösen Ekstase, der Hysterie und Stottern, Stimmeln usw. Dazu kommen noch viele andere Krankheitsformen. (Siehe: Stimmel, Kriegsneurosen und physisches Trauma. München 1918, Verlag D. Reunisch.) Die Kriegsneurose kann zur Veränderung der ganzen Persönlichkeit des Soldaten führen. Sie kann sein Gemüt nach irgend einer Richtung festlegen, vorwiegend nach der depressiven Seite hin, so daß er von Mitleidenschaft überdeckt ist. Sie kann bewirken, daß der Betroffene die Gefühlsregung verliert, die seinem früheren Charakter entsprach und sie kann ihn zu einer seinem früheren Wesen entsprechenden Tätigkeit unfähig machen. Der Schritt von diesem Stadium bis zur völligen Geisteskrankheit ist nicht weit.

Alle Neurosen beruhen auf einer Veränderung der Persönlichkeit, die ihren Grund in ihrer festlichen Spaltung hat. Normalerweise werden alle Eindrücke und Empfindungen aus dem eigenen Körper und aus dem Verkehr mit der Umwelt dem Bewußtsein geföhrt und untergeordnet, und zwar im Sinne einer Aufhebung des ganzen Menschen; es besteht innere Harmonie, die sich nach außen widerspiegelt. Eine Störung dieser Harmonie tritt ein, wenn das Bewußtsein nicht mehr vorberührt, sondern wenn gleich starke oder falsche Gefühlsgruppen (Komplexe) im Inneren des Menschen entstehen, die dann selbständig als sogenannte überwertige Gefühlsgruppen wirken. Das kann im Arzenei besonders dann leicht geschehen, wenn sich dem Menschen überlagernde Erregungswellen aus Empfindungen ausstrahlen, die ihre Entstehung katastrophalen Geschehnissen verdanken. Der Intellekt ist solchen nicht gewachsen, weil er zufolge des Mangels jeder Vergleichsmöglichkeit auf sie nicht eingestimmt und vorbereitet war; er kann die Eindrücke nicht verstandesmäßig verarbeiten, nicht der Teilhaber der Gesamtpersönlichkeit unterordnen und sie so unschädlich machen. Der Mensch empfindet überwertige Gefühlskomplexe, kann diesem Bewußtsein bleiben, in welchem Fall es leicht zu Geisteskrankheit kommt, oder er wird aus dem Bewußtsein verdrängt; dann entsteht eine Neurose, die Dr. Stimmel in der zitierten Schrift als Selbstschädigung des Organismus gegen die Wirkstoffe, die Gefühlskrankheit, aufführt. Die Selbstschädigung besteht darin, daß das Ich den ganzen unauflösbaren und unverbesserbaren Gefühlskomplex von seinem Bewußtsein abhebt und in die Zone des Unbewußten in ein Gebiet verdrängt, das man Unterbewußtsein nennt. Was Unterbewußtsein ist, kann jeder Mensch beobachten: Oft haben wir bei etwas, das wir sehen, hören oder lesen das Gefühl, das das heißt du in deinem Leben schon einmal gesehen, gehört oder gesagt, kurz, schon einmal erlebt. Das sind Eindrücke, die zu einer Zeit das Unterbewußtsein aufgenommen hat, als der Intellekt für das Ich anderweitig besetzt war und keine Zeit hatte, diese Eindrücke zu reorganisieren, zu Bewußtsein zu bringen. Sie sind empfangen und wie in einer Grammophonplatte festgehalten worden; es bedarf später nur einer Anregung, die wie ein Stift in die Eindrücke hineindrückt, um sie anklängen zu lassen.

Mit dem Hinabtauchen übermächtiger Gefühlskomplexe in das Unterbewußtsein werden sie aber nicht ausgelöscht, sondern sie bleiben, ohne daß das Ich des Menschen selbst davon etwas weiß, mehr oder weniger wirksam, ihr Effekt tritt hervor: Der Betroffene wird von den unauflösbaren Empfindungen gequält und hat dabei körperliche Schmerzen. Das tritt um so leichter ein, wenn Anlaufungen an früher bereits vorgelagerte Empfindungen bestehen, die durch Erkrankungen veranlaßt waren. Hieraus beruhen auch die sogenannten hysterischen Folgeerscheinungen in Form von Lähmungen, Zusammenziehungen usw., die sich an Verwundungen oder Erkrankungen der betroffenen Organe anschließen.

Die Behandlung der Neurosen besteht darin, daß der Arzt dahin strebt, den Eindruck herauszufinden, der die seelische Erkrankung verurteilt, um dann diese Erkenntnis dem Kranken selbst zu vermitteln. Dr. Stimmel gelang das, mindestens in allen einseitigen Fällen, durch eine erhöhte Gedächtnisleistung, die er durch hypnotischen Traum erzielte. Durch diese Gedächtnisleistung über die der Kranke in der Hypnose geleistet, wiederholt er das auf ihn eingeleitete Ereignis: Der „Film“ wird noch einmal abgerollt, der Kranke träumt das Ganze noch einmal, das seelisch-illustrierte Unterbewußtsein gibt den Effekt frei, dieser entläßt sich in einem entsprechenden Gefühlsausdruck und der Kranke ist geheilt. Am schwierigsten ist der Anfang des ganzen Verfahrens, nämlich die Feststellung, welches Ereignis die Neurose veranlaßt haben mag, denn der Kranke kann das, was der Arzt eigentlich wissen will, nämlich die seelische Ursache seiner Erkrankung, nicht sagen. Wenn er eine solche Ursache angibt, kann man mit Sicherheit annehmen, daß sie falsch ist, da die letzte Ursache in die Tiefen des Unterbewußtseins herabgedrückt ist. Das Verdrängte ist wohl nicht ersichtbar, aber trotzdem für den nächsten Seelenarzt nicht ganz unsichtbar; er muß Gefühlsausdruck, Mienenpiel, vor allem aber Redeweise zu deuten verstehen, um Anknüpfungspunkte zu finden.

Auffallend ist, daß von einer Anzahl Soldaten, die gleichmäßig demselben Kriegserlebnis ausgesetzt waren, was ja die Regel ist, manche eine Neurose bekommen, die andere aber nicht. Dabei kommt, wohl zu einem guten Teil die erbliche Veranlagung in Betracht. Je schwächer der angeborene Intellekt eines Menschen ist, desto weniger wird er imstande sein, ungewohnte Eindrücke aufzunehmen und zu verarbeiten, so daß sie zu überwertigen Gefühlskomplexen werden. Typische Schädigungen (Verstärkungen), wie Alkoholmißbrauch, Infektionskrankheiten, Uebermüdung usw. sind gewiß auch von Einfluß beim Entstehen von Kriegsneurosen. Dazu kommt noch Dr. Stimmels Meinung, daß manche Kriegsneurosen auf früheres (letztes) Trauma (Verletzung) zurückzuführen sein werden.

Die Heilung der Neurosen ist von großer Bedeutung angesehen, da diese Pläneverluste infolge des gegenwärtigen Krieges, es ist zu hoffen, daß bei Anwendung der lehranalytischen und hypnotischen Methode, die Dr. Stimmel empfiehlt und die er vielfach erprobt, bessere Heilungsergebnisse erzielt werden als vordem.

D. Heßlinger.

Was jeder gerne sieht!

Ein Herr und eine Dame spazieren mit kleinen gefangenen Schmetterlingen unter den aufnehmend schönen und prächtigen Kastanien, die die Königin-Augusta-Straße schmücken, auf und ab. Da schwingt sich in einer aus Gelächter und Schamheit gleich erregten, sich entfaltenden Kurve ein Autohüßel aus der Verkehrsstraße in die schattige Uferstraße hinein. Die Verlung hat ein junger Marineoffizier, im Wagen sitzt ein junger Marineoffizier.

„Damenmutter“, sagt der Herr wie Bingerlitz, „hast Du gesehen, Edith? Das war doch prächtig! Das hatte Schmitz! Ueberhaupt dieser junge Herr war vom Wale, Jameses Titelbild für die „Aurora“. Ganz ungeheuerlich, dieses wunderbare, energische und dabei ein wenig träge und noch jugendliche Mann, dieses junge Auge mit dem harten und schwarzen Blick eines Mauthovogels. Und in der Haltung diese ideale, schwebende Leichtigkeit, unter der sich die schärfste Anspannung der Nerven verbirgt. Ich wünsche mich nicht, daß das war Friesentrasse. Die macht uns das Ausland nicht nach! Was, Edith?“

Die Dame hatte die hümmliche Rede mit wachsender Bekundung angehört. Nun sagte sie: „Ich verstehe nicht, Egon, von wem Du sprichst. Auch ich fand ihn etwas entzückend, aber nun frage ich doch nicht von einem solchen Mann in so drastischen Ausdrücken. Du kannst doch gar nicht wissen, wer das war.“

Jetzt war die Rede an dem Herrn, erstaunt zu sein: „Ja, wen meinst Du, Uebe Edith? Ich meine natürlich den jungen Marineoffizier an der Steuerung, diesen Herrn, bronzefarbenen Wangen, wohlhabend, ein Bild von unseres Volkes Gesundheit und Kraft und Schöndheit.“

„Ach so, denn?“ kam es gelangweilt von dem Herrn der Dame, „den habe ich gar nicht gesehen. Ich meine natürlich den hübschen, jungen Marineoffizier. Es war gewiß ein Admiral, der schon über tausend seelische Schiffe verlegt hat.“ E. W. T.

Die Volksbildung in Finnland.

Es ist eine ganz falsche Anschauung, wenn man, wie es noch öfters geschieht, die Bildung und Geisteskultur der Finnen mit

der der Russen auf eine Stufe stellen will. Vielmehr hat Finnland zugleich mit dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, den es in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege genommen, auch in intellektueller Hinsicht Aufschwung nach hinten sich gelassen. Das beweist am besten das Schmelzen des Landes, aus den Zahlen, die in dem vor kurzem erschienenem Sammelwerk „Finnland in seiner Bedeutung für die Entwicklung Mitteleuropas“ mitgeteilt werden, betrug die Zahl der Lehrer an den hiesigen Volksschulen Finnlands 1875 180, die Zahl der Schüler 8918; 1890 war die Zahl der Lehrer auf 867 gewachsen, die der Schüler auf 28 886. Im Jahre 1900 gab es in den 28 Städten Finnlands 1872 Lehrer und 40 870 Schüler. Die Anzahl der Schulen auf dem Lande betrug 1886 295 mit 294 Lehrern und 11 421 Schülern. 1890 war die Zahl der Schulen bereits auf 1757 gestiegen mit 3022 Lehrern und 70 554 Schülern. 1912 betrug die Zahl der Schulen auf dem Lande 3079 mit 4081 Lehrern und 143 507 Schülern. So hat das Volkschulwesen eine außerordentliche Höhe erreicht. Die Zahl der außerordentlich gering, während das russische Reich einen Prozentatz von 70-80 Analphabeten aufweist. Außerdem gibt es in Finnland 136 Mittelschulen mit 1862 Lehrern und 23 128 Schülern, die für die beiden Geschlechtern in Helsingfors vorgebildet werden. Helsingfors, der gelungene Mittelpunkt des Landes mit reglem wissenschaftlichem Leben, hat eine Universitäts- und eine technische Hochschule, an denen vor dem Kriege 279 Professoren lehrten und 2841 Höre studierten. Neben den Hoch-, Mittel- und Volksschulen gibt es auch noch eine sehr große Anzahl von Fachschulen für alle möglichen Berufe, durch die es den Finnen möglich war, in allen handwerklichen und kunstgewerblichen Dingen eine hohe Vollendung zu erreichen.

Berliner Stellungskämpfe.

„Schutzmann, da hat sich einer vorjestellt!“
„Der wen' wa sich abstell'n? Sie dal, Hinten anjestellt!“
„Ja, aba — id nuh mir doch vorstell'n!“
„Vorstell'n is nich, Männeken; — imma Hinten anjestellt!“
„Kann! Id mer' doch hier anjestellt!“
„Wat wat, hier anjestellt?? — Hinten anstell'n Sie Dickkopf!“
„Ach Jotte doch, Hell'n Se Jhn' man nich sich so an, als id Wanda wat anjestellt hätte!“
„Ema wie der ander! Hier sin alle anjestellt!“
„Der id nich lache! Der wärn aba dastuch bilke anjestellt! Vorjestellt soll id lang allere an Stelle von der alle Jettele von Beschiken anjestellt werck, wiffen Se, der wo sich dat stellen müssen!“
„Ach so — o, — Sie sin bestell't!“
„Nu nu jawoll doch!“
„Der konnten Se man sich sagen, Denn brauchen Se Jhn' och nich anstell'n. Imma jehn Se! Hoffentlich wenn Se anjestellt!“ (Simplifizimus*)

Notizen.

— Reinhardt in Charlottenburg. Nach dem Bericht der Volksschulen haben die Reinhardt-Schulen sich eine neue Wirkungskreis gelacht. Sie werden von Mitte September an Gastspiele in der Volkshaus für Musik in Charlottenburg geben. Der dortige Theateraal dürfte allerdings nur zu einem Provisorium genügen sein.

— Der Ehrenpräsident. In unser demokratisches Zeitalter passen keine Ehrenpräsidenten mehr, erwiderte der Oberpräsident von Westfalen Prinz v. Lubow dem Provinzialparlament des Theaterkulturverbandes, der ihm den Ehrenvorsitz antrug. Aber als man versichert, daß er seines hervorragenden Interesses für die Weisheit des Ausdrucks wegen gewählt sei, wurde er doch Ehrenpräsident.

— Strindbergs Briefe. Strindbergs Erben haben kürzlich dem „Nordischen Museum“ in Stockholm Strindbergs Bibliothek sowie eine größere Anzahl von Handschriften und Autographen aus seinem Nachlaß übergeben. Dieser Erbschaft wurde sehr ein Strindberg-Archiv angegliedert, das zunächst alle Handschriften und Briefe des Dichters sammeln soll. Der Verwalter der Hinterlassenschaft Strindbergs, Professor Carlström-Gyllensköld, hat vor allem an die Sammlung und Veröffentlichung der etwa 12 000 Briefe, die Strindberg auch im Briefschreiben ein Briefe, hinterlassen hat.

Aus einer in Strindbergs Hinterlassenschaft mitgefundenen „Dreizehner“ über die Herausgabe seiner Schriften geht hervor, daß er seine Briefsammlungen als Selbstbiographie herausgegeben sehen wollte, doch sprach er sich zugleich klar dagegen aus, daß seine Briefe als „Hintergründe“ für die Expositionen anderer herausgegeben würden. Diese Weisung soll nun getreulich befolgt werden.

„Blöb vom Sehen. Ich verlehre ja nicht in der großen Lodger Welt, bei diesen verführerischen Menschen, Buchholzmännern, Salzmännern, Meyers und dem anderen Gewürm. Ich kenne sie alle, die Jungen vom Sehen. Die Witten vom Witzel her, wo wir manchmal zusammenkommen; wir kamen und alle mal näher, aber das ist schon lange her, als in Lodz noch Anständigheit herrschte und es keine Millionäre gab. Das waren Zeiten, von welchen ihr Jungen keine Ahnung habt. Ich und der alte Meyer, wir waren damals die großen Lodger Firmen, Dampf, Maschinen, Elektrizität, Wechsel, Schindwaren, Bleiten, Brandstiftungen, das konnte man nicht mal vom Hörensagen.“

„Und doch mußte das, was jetzt hier herrscht, kommen.“
„Ich weiß, daß es kommen mußte, daß die alte Ordnung der neuen immer werden muß, was sollen wir übrigens darüber reden.“ Er machte eine verächtliche Gaudbewegung und sah die Wechsel durch.

Eine ohnmächtige Wut erfaßte sein Herz so heftig, daß ihm die Stimme versagte. Er unterschrieb die Wechsel und schweig lange.

„Haben Sie's eilig?“
„Ja, doch ich möchte noch einmal Ihnen aus ganzer Seele für Ihre Hilfe danken.“

„Schad' um die Zeit! Wie tut nur eines leid, daß Sie vor fünfzig Jahren nicht schon in Lodz waren, damals hätten Sie hier eine Fabrik haben sollen. Sie passen auch nicht zum heutigen Lodz. Hier ist kein Platz für ausländische Fabrikanten, Herr Trawinski.“

Gener erwiderte nichts. Er hatte es eilig, nach Hause zu kommen. Sie besprachen nur noch einige Fragen wegen der Wechselkrisen und trennten sich.

Gleich begannen auch die Weisen die Luft zu zerreißen, zum Zeichen des Arbeitsstillstandes, und die Fabriken erschienen eine nach der anderen and entschwinden in der Nacht.

Als die Arbeiter fort waren, ging Baum nach seinem Hause; es stand in einem Garten vor den Fabrikpavillons, mit der Front zur Straße.

In seinem Zimmer zog er sich um, zog seine gestülpten Pantoffeln an, bedeckte das noch volle, weiße Paar mit einer kleinen, mit weichen Wolldecken bedeckten Wunde, und ging ins Schlafzimmer, in dem zum Abendessen gedeckt wurde.

Nachdem er am Tische und bunte seinen Gedanken, die an seinem Hals hingen, keine Häuser aus Holzstücken. Die Mädchen lachten laut und zwischerten wie Vögel.

(Fortf. folgt)

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

Den alten Baum fand er im dritten Parkon, der auf die Straße ging. Er sah in einem kleinen Zimmer vor dem Schreibtisch, auf dem in lange Streifen geschnittene Warenproben aufgeschichtet lagen.

Sie begrüßten sich schweigend. Der Alte drückte ihm fest die Hand und schob einen Stuhl vor.

„Ich habe Sie lange nicht mehr gesehen“, begann er. Trawinski entschuldigte sich mit Sorgen und vieler Arbeit, er sprach lange, hätte aber keinen Mut, von dem Zweck seines Besuches zu reden. Die Zurückigkeit der Fabrik hielt ihn ab, die auch auf dem Gesicht des Fabrikanten eingegraben war; unwillkürlich hatte der Alte die blauen Augen auf den Fensterrahmen gerichtet, durch welches man sehr gut die aus allen Fenstern leuchtende Wälderische Fabrik sehen konnte.

Er gab kurze Antworten und wartete auf die Aufführung des Besuchers.

Trawinski fühlte es, unterbrach sich mitten in einer Erzählung und sagte kurz:

„Ja, bin mit einer Bitte zu Ihnen gekommen!“ Er atmete auf.

„Bitte sehr . . . Ich höre . . .“
Nachdem er ihm Trawinski seine ganze Lage, traute sich aber nicht, ihn um Hilfe zu bitten, als er die streng zusammengezogenen Brauen sah und einen gewissen unwilligen Ausdruck in den Augen.

„Wir alle fahren auf diesem Karren, die fressen uns auf!“

Baum sprach langsam und zeigte auf die großen Fabriken hinter dem Fenster.

„Domit kann ich Ihnen helfen?“ fragte er hinzu.

„Mit einem Darlehen oder einem Wechselgite.“
„Wieviel?“
„Nur und gut, ohne zehntausend Rubel muß ich fallen.“ erwiderte Trawinski leise und anerkennend, als beschämte er, mit einem lauterem Klang das Wohlwollen, das er in Baums Augen bemerkte, zu verschanden.

„Vargeld habe ich nicht, aber was ich werde tun können, werde ich tun. Geben Sie mir Wechsel über diese Summe,

und ich werde bis zu dieser Höhe Ihre Verpflichtungen decken.“

Trawinski sprang vom Stuhl auf und begann in einer heißen Aufwallung sich zu bedanken.

„Nicht zu danken, Herr Trawinski, ich riskiere ja nicht einmal etwas, ich kenne Sie und Ihre Geschäft doch gut. Hier haben Sie die Formulare, füllen Sie sie gleich aus.“

Trawinski war berauscht. Diese fast unvorhergesehene Rettung brachte ihn aus dem Gleichgewicht. Fieberhaft stülte er die Wechselformulare aus, hob oder jeden Augenblick den Kopf und schaute zu Baum hinüber, der im Kontor umherging, am Fenster stehen blieb und mit einem dumpfen, drohenden Blick auf Lodz herabsah. Dann wieder spazierte er im Zimmer herum, das trodene, frochtige Gesicht vornübergebogen. Er war auch groß, wie sein Sohn, aber viel magerer und lebendiger in den Bewegungen. Er sprach wenig und erledigte die wichtigsten Geschäfte mit wenigen Worten.

Nach, so kühl, seiner Frau und den Kindern gegenüber manchmal bis zur Schwäche nachgiebig, gab es doch für ihn Dinge, bei denen er unbegreifbar war; seine Gefälligkeit war in Lodz sprichwörtlich geworden und unerfäglich, zugleich war er aber zu Hause geistig bis zur Wunderlichkeit.

„Welche Frist wollen Sie haben?“
„Die Ihnen am bequemsten ist.“ erwiderte Baum, die Tür nach dem Nachbarsaal öffnend, in dem alle Wechsel in Tätigkeit waren.

Er schloß die Tür gleich wieder, steckte die Hände in die Taschen der grauen, mit Krempelwolle gestülpten Toppe und sah sich wieder die Stadt an.

Das Telefon klingelte. Es war die einzige moderne Einrichtung in seiner Fabrik.

„Das ist für Sie, Vorowiecki ruft an.“ sagte Baum. Gestimmt ging Trawinski an den Apparat.

„Von deiner Frau habe ich erfahren, wo du bist, mein Lieber, also, ich habe abgerechnet, ich kann dir fünftausend Rubel leihen. Aber nur auf zwei Monate. Wenn du also willst?“ sprach Vorowiecki.

„Ich nehme es fröhlich an.“ rief er glücklich. „Woher telefonierst du?“

„Von deinem Arbeitszimmer, unter Aufsicht deiner Frau.“ lautete die Antwort.

„Warte auf mich, ich komme gleich.“
„Gut.“

Vorowiecki war es, er möchte mich sprechen. Kennen Sie ihn?“

Die englische Arbeiterpartei und die Aufhebung des Burgfriedens.

Auf der letzten Jahreskonferenz der britischen Arbeiterpartei wurde bekanntlich ein Antrag angenommen, den politischen Burgfrieden aufzuheben, wobei jedoch der Führer der Arbeiterpartei, Arthur Henderson, bemerkte, dass die Annahme des Antrags keineswegs den Austritt der Arbeiterminister aus der Regierung nach sich ziehe. Einen sehr interessanten Kommentar zu dieser Angelegenheit gibt der Arbeiterabgeordnete James O'Grada (parlamentarischer Sekretär des Arbeiterschutzbundes) im Nachwort der englischen Arbeiterpartei für Juli 1918. Im Delegiertenbericht über die Konferenz der Arbeiterpartei schreibt er wörtlich: „Die Entscheidung über die Aufhebung des politischen Burgfriedens war — offen gesagt — ein Betrug („a fraud“). Der Wortlaut der Entscheidung war sehr bestimmt und schloß ein — wie die meisten Delegierten vorerst glaubten — den Austritt der Arbeiterminister aus der Regierung. Aber Arthur Henderson, der im Namen des Parteivorstandes den Antrag einbrachte, gab die Erklärung ab, daß dies keineswegs der Fall sei. Er meinte, der Antrag habe nur den Zweck, bei parlamentarischen Verhandlungen freie Hand zu erhalten. Mehrere Delegierte erhoben Einsprüche gegen diese Handhabung. Meiner persönlichen Ansicht nach würde diese Entscheidung verworfen worden sein, wenn sie wirklich den Zweck verfolgt hätte, die Arbeiterminister zu veranlassen, aus der Regierung auszutreten.“ Diese ganze Angelegenheit ist ein weiterer Beweis dafür, wie vorsichtig man sein muß in der Beurteilung englischer Konferenzbeschlüsse.

Die Tagung des rumänischen Parlaments.

Bukarest, 28. Juli. Die Parlamentstagung wich, wie der Ministerpräsident in der Kammer erklärte, spätestens am 3. August geschlossen werden. Bis dahin werden alle von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwürfe zur Annahme gelangen. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss für die Gebarung der unter Anklage gestellten Minister beendigte seine Arbeiten und wird Dienstag den Bericht vorlegen. Der Finanzminister Selescu erklärte, die Einführung des Alkoholmonopols sei endgültig beschlossen. Der Staat wird die Spiritusfabriken nicht auflösen, sondern ihnen auf dem Wege der Konzentrierung eine gewisse Spiritusmenge zuteilen, welche sie ihm zu liefern haben, während er selbst das Verkaufsmonopol haben wird. Die Fabriken werden das Recht erhalten, außer Spiritus für den inneren Verbrauch noch Ware für die Ausfuhr herzustellen.

Feindliche Vorstöße am Kemmel.

Berlin, 29. Juli. Dem in der Nacht vom 27. zum 28. Juli in Gegend des Kemmelgebietes vorübergehend gesteigerten feindlichen Artilleriefeuer folgten mehrere vergebliche Vorstöße feindlicher Abteilungen. Ebenso wurden Patrouillen des Gegners bei St. Julien, an der Straße Popering-Sonnebeke und am Yser-Kanal abgewiesen. Erfolgreiche eigene Streifabteilungen brachten mehrfach Gefangene ein. Bei Ouby scheiterte nach heftigem Artilleriefeuer gleichfalls ein stärkerer feindlicher Vorstoß.

Feindliche Bombenabwürfe auf Douai richteten beträchtlichen Häuser Schaden an und forderten Opfer unter der Zivilbevölkerung.

Der U-Boot-Krieg im Kanal. Berlin, 28. Juli. Amlich. Im Kanal wurden 21 000 Briten-Register-Tonnen versenkt. Der Chef des Generalstabes.

An der Ostbahn fanden nach türkischem Decretbericht am 24. Juli neue Kämpfe am Rakan und der Balkanlinie nördlich davon statt. Mehrere tausend Mann zählende, von den Engländern mit vielen Geschützen und Maschinengewehren ausgerüstete Schellenverbände verbluteten unter persönlicher Führung ihrer Stammesoberhäupter in vergeblichen, vom frühen Morgen bis zum späten Abend andauernden Angriffen. Unsere tapferen Besatzungen schlugen alle Angriffe ab. Bei Dichardun schlugen unsere Verstärkungen den Angreifer vom Norden und Süden und schlugen ihn in regellose Flucht. Dies ist die letzte Niederlage der türkischen Truppen. Unsere Flieger griffen westlich von Rakan ein großes feindliches Truppenlager mit zahlreichen Bomben und mit Maschinengewehren an.

Kämpfe in Tibet. „Times“ erfahren aus Shanghai vom 24. Juli: In einem Briefe aus La Tsen Lu in der chinesischen Provinz Tsching wird mitgeteilt, daß die Chinesen Drava in Tibet durch Hunger gezwungen worden sind, sich den Tibetern nach einer Belagerung von drei Monaten zu ergeben. Es wurden u. a. 700 Gefangene gemacht und 100 Gewehre sowie einige Geschütze erbeutet. Die Tibeter beherrschen nun das Oranagebiet. Der englische Konsul in La Tsen Lu versuchte mit Unterstützung einiger Missionare, blieben ohne jeden Erfolg, zu vermitteln. Der Aufstand der Tibeter, der von Saka aus geleitet wird, ist sehr gefährlich organisiert und der Widerstand der Chinesen hat nicht viel zu bedeuten.

Was will Görlitz in Temesvar?

Allddeutsche Privatliebhabereien eines Bürgermeisters. Das „Temesvarer Volksblatt“ veröffentlicht folgendes Schreiben des Görlitzer Bürgermeisters A. Mah, das kürzlich einem deutschen Einwohner der ungarischen Stadt Temesvar zugegangen ist:

Görlitz, 19. Juli 1918. (Vertraulich.)

Sehr geehrter Herr! Von befreundeter Seite (Herrn Viktor Crendi-Hommenau in Temesvar) auf Ihre deutschböllische Gesinnung und Bestrebungen hingewiesen, möchte ich mir die Bitte erlauben, Ihre Aufmerksamkeit einmal auf den Deutschbünd zu lenken. Dieser bezweckt, ohne nach außen geschaffenen anzutreten, innerhalb des gesamten deutschen Sprachgebietes deutschgesinnte Männer und Frauen zusammenzuführen, welche geloben, in allen Beziehungen des Lebens, amtlich, beruflich und persönlich, das Gutdeutsche nach Kräften zu fördern, das Undeutsche zu bekämpfen. Der Kampf richtet sich deshalb besonders gegen die „internationalen“ Bestrebungen, also hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie — ohne einem gesunden sozialen Fortschritt entgegenzuwirken — gegen den Ultramontanismus — selbstverständlich ohne jede Stellungnahme gegen den katholischen Glauben — und endlich gegen den jüdischen Geist, der sich in unserem ganzen Kulturleben so breit macht und, mit erheblichen Mitteln ausgerüstet, immer stärker hervortritt. Er hat seine Forderungen auf die Rassenbiologie auf und fordert daher — unter freier Verschweigung seiner Mittel, denen aus ihrer Zugehörigkeit zum Bunde keine Nachteile erwachsen sollen — das arische Rassenbekenntnis. Seine Herrschaft ist der gutgeleitete „Deutsche Volkswort“ (Verlag von Th. Weicher in Leipzig), der in moralischen Dingen die verschiedensten politischen und namentlich kulturpolitischen Fragen der Zeit erörtert. Zahlreiche Männer und Frauen, auch aus Oesterreich und Ungarn, gehören dem Bunde an.

Der Geist der Zeit erfordert dringend einen festen Zusammenschluß aller Deutschgesinnten, um gemeinsam dem gefährlichen Einfluß jener „schwarz-rot-goldenen Internationalen“ entgegenzutreten. In der Überzeugung, daß Sie die Ziele des Bundes billigen, bitte ich Sie um gefällige Mitteilung, ob ich Ihnen eine Nummer des „Volkswort“ nebst einigen aufklärenden Schriften zusenden darf. Jegliche Verpflichtung entfällt dadurch selbstverständlich für Sie nicht.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung und mit deutschem Gruß bin ich Ihr sehr ergebener A. Mah, Oberbürgermeister von Görlitz.

Es ist der Beruf der Allddeutschen, die Sache des Deutschtums in der ganzen Welt zu schädigen und zu kompromittieren, das Schreiben des Görlitzer Bürgermeisters (nicht Oberbürgermeisters) ist auf diesem Gebiet ein Gemeistreich. Das fehlt gerade noch, daß im verbündeten Oesterreich-Ungarn der Glaube wachgerufen wird, das Land werde durch allddeutsche Geheimbünde unterminiert. Den Gegnern Deutschlands und des Deutschtums in Oesterreich-Ungarn würde die gefährlichsten Waffen in die Hand gespielt. Und würde die österreichische oder die ungarische Regierung von der deutschen fordern, daß sie derartigen Treibereien einen Riegel vorschleibe (siehe Serbien und Karodna Obrana), so käme die deutsche Regierung in die unangenehmste Lage.

Besonders peinlich muß es berühren, daß den angewandten Vorkämpfern des echten Germanentums strenge Verschweigung ihrer Namen und Vermeidung jeglicher Rücksicht zugefügt wird. Die spießbürgerliche Feigheit wird dadurch ebenso berührt, wie der kindische Eifer zur Verschönerung unangenehm gehandelt wird. Und das soll „deutsch“ sein? Gründungen gleich dem „Deutschbünd“ scheinen jetzt übrigens wie Pilze aus der Erde zu schießen, denn soeben macht auch ein Inserat in der „Deutschen Tageszeitung“ für einen „Deutschböllischen Orden“ in folgender Weise Reklame:

„In einer Zeit, in der sich germanische Kraft nach außen so heftig bemüht und doch internationale und fremdartige Einflüsse im Hause sich breit machen, halten wir es für unsere Pflicht, aus der Verborgenheit hervorzutreten. Alle deutschgeborenen Männer, die sich ihres germanischen Blutes bewußt sind, rufen wir auf, uns zu helfen bei unserer Arbeit für unseres Volkes geistig-sittliche Erneuerung und rassische Wiedergeburt.“

Auch diese wackeren Germanen leben es vor, einzuweichen doch noch im Verborgenen zu bleiben, denn sie unterlassen es, mit ihren Namen hervorzutreten. Dieses Germanentum des Hinterlandes scheint ganz erfüllt von der Weisheit des Spruchs, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist. Aber je mehr es sich um die eigene wertige Haut befragt zeigt, desto leichtfertiger iringt es mit den Interessen des deutschen Volkes an.

Streik und Landesverratsanklage. Ein Freispruch des Reichsgerichts.

Aus Leipzig wird uns berichtet: Der vereingete 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen den Raschinken Wilhelm Franzen aus Duisburg-Weiderich und den Raschinken Hermann Kubach, ebenfalls, die beide des versuchten gemeinschaftlichen Landesverrats angeklagt waren. Franzen hat am Arlege teilgenommen und hat das Eisenerz Kreuz 2. Klasse erworben. Wegen zweimaliger Verwundung wurde er am 19. November 1916 aus dem Heere als arbeitsverwendungsfähig entlassen. Der Angeklagte Kubach hat ebenfalls den Krieg mitgemacht und ist wegen einer Verwundung entlassen. Nach dem Eröffnungsbeschlusse waren die Angeklagten verdächtig, im November 1917 in Duisburg-Weiderich gemeinschaftlich versucht zu haben, die Arbeiter des Blockwalzwerkes des rheinischen Stahlwerkes, das mit der Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigt war, zur plötzlichen Niederlegung der Arbeit zu bestimmen. Auf dem Blockwalzwerk hatte ein Arbeiter einen Stahlblock umkippen lassen und war deshalb vom Oberingenieur in eine Geldstrafe genommen worden. Die übrigen Arbeiter des Betriebes, 40—45 an der Zahl, hatten die Direktion um Zurücknahme der Strafe, jedoch ohne Erfolg. Daraus legten die sämtlichen Arbeiter des Blockwalzwerkes am Morgen des 16. November 1917, eines Freitags, die Arbeit nieder. Dienstag, den 20. November, wurde sie wieder aufgenommen.

Beide Angeklagten bekannten sich als nicht schuldig, indem sie behaupteten, daß sie nicht zur Einstellung der Arbeit aufgefordert hätten. Die Stimmung unter sämtlichen Arbeitern des fraglichen Betriebes sei sehr erregt gewesen, um so mehr, da sie in der letzten Zeit vielfach über ungeduldige Strafen zu klagen gehabt hätten. Aus dieser Stimmung heraus sei der Beschluß entsprungen, die Arbeit niederzulegen. An einen längeren Ausstand hätten sie nicht gedacht, und deshalb sei ihnen auch gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß die Munitionsherstellung beeinträchtigt werden könnte.

Es kam Johann zur Erwiderung, warum gerade die beiden Angeklagten zur Verantwortung gezogen worden sind. Franzen gab an, er sei Mitglied des Arbeiterauschusses gewesen, und zwar als Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes; Kubach war, wie er angibt, als Mitglied des Hirsch-Dunker'schen Verbandes Vertrauensmann der Arbeiter. Beide Angeklagten behaupteten, sie seien wegen dieser ihrer Eigenschaft der Werkleitung ein Dorn im Auge gewesen. Sie selbst haben mit der Niederlegung der Arbeit nicht begonnen. Dies hat vielmehr der Kranführer E. getan, und dessen Arbeitsniederlegung hatte zur notwendigen Folge, daß auch die übrigen Arbeiter aufhören mußten. D. hat dann später durch seine Zeugenaussage zur Einleitung der Untersuchung gegen die Angeklagten Veranlassung gegeben. In der Verhandlung hielt jedoch D. als Zeuge seine beläufigen Aussagen nicht ausrecht. Die Beweisaufnahme ergab im übrigen nichts für die Angeklagten Belastendes. Sie haben sofort den auf Grund des Hüßdienstgesetzes eingerichteten Schlichtungsausschuß angerufen und sie versichert, sie würden sofort der Weisung desselben gemäß die Arbeit wieder aufgenommen haben, auch wenn dessen Entscheidung gegen sie ausgefallen wäre. Es kam zur Sprache, daß die Erledigung des Streikfalles nicht durch die Angeklagten verzögert worden ist; es wurde auch die Vermutung ausgesprochen, daß die Werkleitung wegen knapper Zufuhren an Kohle vielfach gar kein Interesse an der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit hatte.

Nachdem auf weitere Beweisaufnahmen verzichtet worden war, beantragte der Vertreter der Reichsanwaltschaft die Freisprechung der Angeklagten, und der Verteidiger schloß sich ihm an. Das Reichsgericht erkannte nicht nur auf sofortige Freisprechung beider Angeklagten, sondern legte auch die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß sich die Angeklagten sofort nach Niederlegung der Arbeit an den Schlichtungsausschuß gewandt und nicht mit einer längeren Dauer des Ausstandes gerechnet haben, da sie annahmen, daß der Streik

in kürzester Frist werde beigelegt werden. Wenn sie versichern, sie hätten unter allen Umständen die Arbeit sofort wieder aufnehmen wollen, so war ihnen dies nicht zu widerlegen. Daß der Streikfall nicht so schnell erledigt wurde, ist nicht die Schuld der Angeklagten gewesen. Hingru kommt noch, daß die Arbeiter des Blockwalzwerkes, als sie den Beschluß faßten, die Arbeit niederzulegen, sehr aufgeregt waren. Es war deshalb nicht nachzuweisen, daß sich die Angeklagten bewußt waren, der Kriegsmacht des Deutschen Reiches Nachteil zuzufügen. Da ihr Verhalten auch sonst nicht gegen eine Strafbestimmung verstieß, war auf Freisprechung zu erkennen.

Die Angeklagten, welche seit November 1917, also über acht Monate, in Haft waren, wurden sofort in Freiheit gesetzt.

Alldeutsch-slämisches. Das germanische Ostafrika.

Auf einem alldeutsch-slämischen Abend, der von Prof. Dietrich Schäfer arrangiert war, sprachen am Sonnabend in Berlin zwei belgische Staatsbürger, die unter großem Beifall die Bildung eines freien sländischen Staates forderten. Einer von ihnen, der Sekretär des Rats von Flandern, Raftel Weiss, erhob dabei die Forderung, daß die belgischen Kolonien dem sländischen Staate zu fallen müßten. Flandern würde dann in der Lage sein, gemeinsam mit Deutschland ein großes germanisches Ostafrika zu schaffen.

Dazu kann nur nochmals bemerkt werden, daß die Bildung eines besonderen sländischen Staates nicht in der Richtung der deutschen Politik liegt, sofern diese durch die Erklärung des Reichstages zurechtend gekennzeichnet worden ist. Wer die Wiederherstellung eines selbständigen Belgien in Aussicht stellt, kann unmöglich zugleich die Verteilung dieses Belgien in zwei verschiedene Staaten beabsichtigen und am wenigsten kann er die Forderung unterstellen, daß die belgischen Kolonien einem neuen von Belgien losgelassenen Staate zu fallen sollten. Auch die alldeutschen Protektoren solcher Pläne werden sich darüber klar sein, daß eine derartige Ukrainisierung Belgiens ein zweites West-Litauen im Westen zur Voraussetzung hat.

Die Aufgaben der Reichsbekleidungsstelle.

Ueber die Aufgaben der Reichsbekleidungsstelle äußerte sich der Reichskommissar Geh. Rat Deutler in einem in Dresden gehaltenen Vortrag. Unter anderem gab er folgende Erklärungen ab: Es läßt heute die hochverehrte Verleserung abgeben, daß durch die Fortschritt der Erfindungsindustrie die Zukunftssorge in der Hauptsache nunmehr behoben sei und daß noch im Laufe dieses Kalenderjahres Erfindungen an die Verbraucher gebracht werden können, die für Wäsche und für Oberkleider, abgesehen vielleicht allein von der Sänglingstuche, allen billigen Anforderungen genügen werden. Jedemfalls erhebt die Hoffnung unserer Feinde, uns wegen Mangel an Rohstoffen für die Bekleidung unseres Volkes zum Frieden zu zwingen, gänzlich ungedenkt. Wir werden vielmehr, so führt Dr. Deutler aus, in der Lage sein, auch bei noch so langer Dauer des Krieges die früher eingeführten Rohstoffe zu entbehren und selbst wenn es den Feinden gelingen sollte, nach dem militärischen Kriege noch einen Wirtschaftskrieg gegen uns zu führen, auch diesen zu gewinnen und durchzuführen, viellecht mehr zum Schaden der früheren Produktion- und Ausfuhrländer als zum Nachteil unseres Volkes. Eine allgemeine, aber wiederum vollständig freiwillige Sammlung von Kleidern steht nach bevor, die in zahlreichen Gemeinden schon jetzt ohne Erfolg begonnen hat: eine Sammlung für die armeren, bei der allgemeinen Demobilisierung zur Entlassung kommenden Soldaten.

Unregelmäßigkeiten bei der J. C. G.

Gegen den Viehkäufer Lippert der J. C. G. und einige mitbeteiligte Personen schwebt eine Untersuchung, die von der J. C. G. selbst veranlaßt sein soll. Lippert heißt im Verdacht, sich durch Gewinnbeteiligung bei der Vergebung von Schlachtaufträgen erhebliche Sondervergünstigungen verschafft zu haben. Es handelt sich um mehrere Fälle und um hohe Summen, in einem Fall um 400 000 M.

Nach einer Mitteilung der „Allgem. Fleischzeitg.“ soll nun Lippert und noch ein zweiter Viehkäufer der J. C. G. verhaftet worden sein.

Wann wird die Extraktion wieder erhöht? Der bekannte Konsumvereiner Adolph Kupprecht teilte als Vertreter des Kriegsernährungsamts in einer Hamburger Arbeiterversammlung mit, daß die Extraktion vom 1. August an wieder auf den früheren Stand erhöht wird.

Letzte Nachrichten.

Die Lage nördlich der Marne. Französischer Decretbericht vom 29. Juli, nachmittags. Nördlich der Marne keine Aenderung im Verlauf der Nacht. In den gestrigen Kämpfen an diesem Teile der Front machten wir ungefähr 400 Gefangene.

Englischer Decretbericht vom 29. Juli, morgens. Wir griffen an und eroberten zwei Linien feindlicher Gräben auf zwei Meilen Frontlänge beiderseits der Straße Bray-Corbic, machten 100 Gefangene und erbeuteten eine Anzahl Maschinengewehre. Die feindlichen Verluste sind schwer, unsere Verluste gering. Wir führten zwei erfolgreiche Vorstöße in der Nähe von Cravelines aus.

Griechenland und Italien.

Rotterdam, 29. Juli. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Athen: In einem Interview mit einem Vertreter der Zeitung Patrios erklärte der Minister des Äußeren Politik, daß die Differenzen zwischen Griechenland und Italien auf der Grundlage des Nationalitätsprinzipes geschlichtet werden würden. Griechenland werde Italien als Mittelmeergroßmacht in jeder Hinsicht anerkennen.

Persien und der West-Frieden.

Konstantinopel, 29. Juli. Der Sultan beauftragte den Großwesir, dem Shah von Persien dafür zu danken, daß der Shah dem Sultan für die im Frieden von West-Litauen vereinbarten Bürgschaften für die Unabhängigkeit Persiens seine besondere Erkenntlichkeit übermitteln ließ.

